DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 106. Samstag 1. Oktober 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

BEWEIS: Mit den Corona-Tests werden unsere Kinder vergiftet! **DW-SPEZIAL** *von Markus Fiedler* Seiten 2 und 3



STOP! ODER ICH WERDE RECHTS.

Der Strudel der Eliten (Nadine Strotmann, Seite 5), der Goldskandal in der Demokratiebewegung (Hendrik Sodenkamp, Seite 7) – und ein Gespräch mit der Zeit (Seiten 12 und 13). Dies ist die 106. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

#Free Michael Ballweg!

POLITISCHER GEFANGENER

Bürgerrechtler Michael Ballweg wird mit Millionendemos zum Helden. Am 29. Juni wird er abgeholt und nach Stammheim gebracht. Er wird illegal vom BRD-Regime festgehalten. Demonstration wendet sich nun dagegen und eine Menschenrechtsorganisation kämpft für ihn. Die Demokratiebewegung wächst Seiten 5 und 6

FAHRLÄSSIGE GEFÄHRDUNG UNSERER KINDER DURCH CORONA-TESTS

Die Antigentests und Selbsttests stehen seit Langem unter Verdacht. Doch die Konzernmedien schweigen. Nun ist es bewiesen: Sie sind giftig!

Von Markus Fiedler

Die Bevölkerung wird offenbar mit größter Gleichgültigkeit systematisch in Gefahr gebracht, indem Antigen-Selbsttest mit hochgiftigen Substanzen ohne deren Deklaration an ahnungslose und labortechnisch ungeschulte Bürger ausgehändigt werden. Schüler und Lehrer waren beispielsweise verpflichtet, diese Tests regelmäßig mehrere Male in der Woche anzuwenden. Das wird sich im kommenden Winter voraussichtlich wiederholen. Ein Spiel mit dem Feuer.

Würden Sie ihrem Kind Zyankali in die Hand drücken? Sicher auf gar keinen Fall! Genau so wenig wie Sie Ihre Kinder an der Engelstrompete (Brugmansia spec.) im Kleingarten herumlutschen lassen würden. Es sei denn, Sie haben ein intensives Interesse am möglichst schnellen Ableben Ihres Nachwuchses. Dennoch aber haben Millionen von Eltern in Deutschland und Milliarden weltweit ihre Kinder und sich selbst einer ständig wiederholten massiven gesundheitlichen Gefährdung ausgesetzt. Nämlich, indem sie erlaubten, dass Kinder mit den Corona-Selbsttests herumhantierten.

Diese Schnelltests kommen in der überwiegenden Zahl aus China. Viele Eltern erinnern sich sicherlich noch an die zahlreichen zurückliegenden Skandale zu Babyspielzeug mit schwermetallhaltiger Farbe und ähnlich gefährlichen Substanzen. Bis hierhin kann man sich denken, dass es genau das ist, was man von nicht näher kontrollierten Produkten aus China gewohnt ist. Man könnte also davon ausgehen, dass im hoch kontrollierten Markt der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich solche medizinischen Produkte wegen der zahlreichen negativen Vorerfahrungen nicht ohne grundlegende Sicherheitstests auf den Markt kommen. Werden diese Produkte wirklich kontrolliert?

Eltern wurden vom Staat regelrecht genötigt, ihre Kinder in der Schule den Test selbstständig vornehmen zu lassen. Denen, die sich den »neuen normalen« Schulregeln aus gutem Grunde verweigerten, wurde mit dem Entzug der Kinder und dem Jugendamt gedroht, wie man beispielsweise in der *Frankfurter Rundschau* lesen konnte.

Zitat: »Seit Ende der Osterferien am Montag (19. April 2021) sind Schülerinnen und Schüler in Präsenzunterricht verpflichtet, sich zweimal pro Woche selbst zu testen oder testen zu lassen. ›Kommen die Erziehungsberechtigten den ihnen hier obliegenden Pflichten nicht nach oder verweigern sie diese, sind sie darauf hinzuweisen, dass in diesem Fall das Jugendamt zwecks Inobhutnahme des Kindes beziehungsweise der/des Jugendlichen verständigt werden muss‹, heißt es in einem Brief an die Schulleiterinnen und Schulleiter des Main-Kinzig-Kreises [...]«.

Auch die Gerichte waren zumeist auf der Linie der staatlichen Institutionen. Eilanträge gegen Testungen und Maskentragen wurden in der Überwiegenden Zahl abgelehnt. Und das gesamte Szenario haben unendlich dumme bis korrupte Politiker eingetütet, die in ihrer Gleichgültigkeit und ihrem plumpen Aktionismus ganz offenbar nicht nur über politische Leichen gehen, wie wir in den letzten Monaten mit ansehen mussten.

VERDACHT: DAS GIFT IST IN ALLEN ANDEREN TESTKITS ENTHALTEN

Ich selbst habe es strikt abgelehnt, dass meine Kinder mit den Schnelltests, insbesondere mit der darin enthaltenen Flüssigkeit in Berührung kommen. Warum? Relativ schnell machte ein Gerücht die Runde, dass die hochgiftige Chemikalie Natriumazid in der sogenannten Pufferlösung enthalten sei. Dieses Gerücht erhärtete sich schnell als Tatsache.

Schauen Sie sich den dazu verlinkten Artikel über Natriumazid in der Wikipedia an. Diesen kann ich auch als Wikipediakritiker ausnahmsweise reinen Gewissens verlinken, weil diejenigen, die diesen Artikel geschrieben haben, offenbar vom Fach sind und keine politischen *Statements* in den naturwissenschaftlichen Text eingebaut haben. In diesem Artikel finden Sie unmissverständliche Gefahrenkennzeichnungen, die selbst einen unbedarften und chemisch vollkommen ungebildeten Mitbürger in Alarmstimmung versetzen sollten. Siehe Abbildung 1.

Das österreichische Internetportal *Report 24* ist der Sache mit den Giftstoffen in den Corona-Schnelltests nun auf den Grund gegangen und hat noch viel weitgehendere Dinge herausgefunden. *Report 24* titelte: »Sicherheitsdatenblatt beweist: Schul-Tests nicht nur von Natriumazid sondern auch Triton X-100 belastet«.

Für Natriumazid gibt es keine Konzentrationsuntergrenze, die als nicht mehr toxisch angesehen werden kann, wie der Gerichtsmediziner Prof. Dr. Johann Missliwetz auf einer Pressekonferenz vortrug. Natriumazid hat eine dem Cyanid (aus Zyankali oder auch dem berüchtigten »Zyklon B«) und dem Kohlenstoffmonoxid ähnliche Wirkung. Es bindet unumkehrbar an die Sauerstoffbindungsstelle des Enzyms »Cytochrom-c-Oxidase«. Damit wird die Atmungskette in den Mitochondrien der Zellen effektiv gehemmt. Die Zellen ersticken innerlich. Und Natriumazid-Lösungen durchdringen die Haut! Es reicht also aus, mit einer solchen Lösung in Berührung zu kommen um sofortige oder auch erst später eintretende Schäden davonzutragen.

Die Stoffklasse der Azide ist den meisten als hochgiftig bekannt, jedoch konnte ich beispielsweise mit dem Begriff »Triton X-100« nichts anfangen. Das ist kein chemischer Name, sondern ein sogenannter Trivialname. Eine Produktbezeichnung, hinter der sich alles mögliche verbergen kann.

Report 24 schreibt dazu: »Die ›Pufferflüssigkeit‹ der Antigen-Schnelltests enthält zu mindestens ein Prozent (laut Herstellerangaben) den in der EU ohne Sondergenehmigung verbotenen Giftstoff Triton X-100 (Octoxinol 9).«

In der englischen Wikipedia können wir zu dem Produkt lesen: »Ein Abbauprodukt von Triton X-100 hat sich tatsächlich als ökotoxisch herausgestellt, da es eine hormonähnliche (östrogenomimetische) Aktivität besitzt, die auf Wildtiere wirken kann. Die ECHA nahm die Stoffgruppe schließlich in die Zulassungsliste (Annex XIV) auf, und verpflichtete die pharmazeutische und andere Industrie, dieses Detergens bis zum ›Sunset Date‹ 4. Januar 2021 zu ersetzen, das betrifft EU-Hersteller, Importeure, und nachgeschaltete Anwender sowie außereuropäische Hersteller, die ihre Produkte in die EU exportieren.«

Sowohl das Tensid Triton X-100 als auch Natriumazid wirken in kleinsten Mengen toxisch auf Organismen, wie der Gerichtsmediziner Prof. Dr. Johann Missliwetz auf einer Pressekonferenz vortrug. In den Testkits sind aber auch andere bedenkliche Substanzen. Nach Hautberührungen mit der Pufferlösung sei zu erwarten, dass auch Jahre später noch Hautirritationen bis hin zu Krebsgeschwüren auftreten können, so Prof. Dr. Missliwetz.

Report 24 hat sich bemüht, Labore zu finden, die die Schnelltests auf ihre Inhaltsstoffe untersuchen. Es habe sich zunächst kein Labor gefunden, welches das machen wollte. Ein Vertreter von *Report 24* vermutete hier vorauseilenden Gehorsam der Labore.

Eine nicht näher genannte Pharmafirma bot hier Hilfe an. Und so wurden unter notarieller Aufsicht die Pufferlösungen von vier verschiedenen Selbsttest-Herstellern unter sterilen Laborbedingungen in neutrale Gefäße umgefüllt und über den Pharmahersteller an ein Analyselabor geschickt, so die Ausführungen in der Pressekonferenz. Dieses unterzog die Proben einer standardisierten Untersuchung zur Markteinführung medizinischer Produkte. Darunter auch Tests mit Hautzellen, um deren Reaktion auf die Chemikalien zu testen. Auch bei starker Verdünnung der Probenflüssigkeit seien alle Hautzellen abgetötet worden, wie in der Pressekonferenz bekanntgegeben wurde.

Die Proben stellten sich somit auch in mehrfacher Verdünnung allesamt noch als hochtoxisch heraus. Das Labor empfahl der Pharmafirma, das entsprechende Produkt (welches dem untersuchenden Labor nicht bekannt war) nicht auf den Markt zu bringen. Die Wissenschaftler sagten, sie hätten noch nie ein Produkt getestet, was so schlechte Toxizitätswerte hatte.




Abb.1 (Gefahrenstoffkennzeichnung von Natriumazid).



Demonstration in Berlin am 9. September 2022. Foto: Steve Schramm

Desweiteren fragten die Kollegen ein offizielles Dokument an, das die Inhaltsstoffe der Antigen-Schnelltests deklariert. Von Seiten des österreichischen Staates und der Hersteller sei dieses Vorhaben abgeblockt worden. Man verweigerte die Herausgabe solcher Dokumente, laut *Report 24*. Durch Zuschauerhinweis sei dann doch an ein solches Zulassungsdokument für einen dieser Tests gekommen, welches nunmehr herunterladbar ist (https://tinyurl.com/dw106-01). In diesem Dokument wird auf Seite 2 ausdrücklich auf die hohe Toxizität der Inhaltsstoffe Natriumazid und Triton X-100 hingewiesen.

Wir lesen dazu im Abschnitt 4 unter »Erste-Hilfe-Maßnahmen«: »Falls INHALATION: An die frische Luft bringen. Bei Atemstillstand künstliche Beatmung durchführen. Keine Mund-zu-Mund-Beatmungsmethode anwenden, wenn das Opfer verschluckt oder eingeatmet hat; künstliche Beatmung mit Hilfe einer Taschenmaske mit einem Einwegventil oder einem anderen geeigneten medizinischen Beatmungsgerät durchführen. Sofortige medizinische Hilfe ist erforderlich. Bei HAUTKONTAKT: Ziehen Sie sofort alle kontaminierten Kleidungsstücke aus. Sofort mit viel Wasser für mindestens 15 Minuten abwaschen. Sofortige medizinische Hilfe ist erforderlich.«

Ich persönlich habe den Verdacht, dass diese Inhaltsstoffe auch in sehr vielen Testkits anderer Hersteller enthalten sind, da es sich bei den Antigen-Schnelltests um ein standardisiertes Verfahren handelt und vor allem bei der Schnelligkeit, mit der diese Tests auf den Markt geworfen wurden, nicht davon auszugehen ist, dass viele Herstellerfirmen aufwendig eigene und neue Schnelltestverfahren entwickelt haben, sondern oftmals die Inhaltsstoffe nur leicht variiert wurden.

Und es gibt tatsächlich einige Sicherheitsdatenblätter anderer Tests, die man im Netz finden kann, wo beispielsweise Natriumazid, aber auch andere Stoffe als Bestandteile der Pufferlösung auftauchen und explizit als giftig ausgewiesen werden. Zum Beispiel wird Natriumazid auch in einem Sicherheitsdatenblatt von der Firma Roche namens »SARS-CoV-2 Rapid Antigen Test 25T« als Inhaltsstoff ausgewiesen. Dieses Testkit war bereits Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage im bayrischen Landesparlament unter der Drucksache 18/17928 vom 22.10.2021. Auffällig ist übrigens, dass immer wieder solche kritischen Anfragen scheinbar ausschließlich von Vertretern der AfD-Fraktionen gestellt werden. Warum nicht von Mitgliedern anderer Parteien? Aberwitzig ist, dass es einige Hersteller anscheinend schaffen, ein Produkt auf den Markt zu bringen, in dem die Inhaltsstoffe gar nicht ausgewiesen sind. So beispielsweise nachzulesen im Sicherheitsdatenblatt des Produktes »CLINITEST Rapid COVID-19 Antigen Test«. Das gesamte Datenblatt dieses Testkits besteht in den entscheidenden Passagen aus einer Aneinanderreihung der Formulierungen »Nicht anwendbar. […] Nicht verfügbar. […] Keine bekannt. […] Keine spezifischen Daten.« Und genau dieser Test ist es, der laut Antwort auf oben erwähnte parlamentarische Anfrage in Bayern in Schulen verwendet wird. Man verwendet also Tests, von denen man gar nicht die Inhaltsstoffe kennt. Unglaublich! Auch bezüglich des »AESKU.RAPID SARS-CoV2« Schnelltests findet man an entscheidender Stelle im Sicherheitsdatenblatt, wo es um die Inhaltsstoffe geht: »Stoff: Nicht anwendbar. Gemisch: Nicht anwendbar.« Werden hier reihenweise Produkte im europäischen Markt zugelassen, für die es keine Sicherheitsbeschreibung gibt?

JURISTEN SEHEN MEHRERE STRAFTATBESTÄNDE

Interessant war für mich, dass die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) aufgrund vermehrter Nachfrage sich dieses Themas angenommen hat und das Vorhandensein von Triton X-100 und Natriumazid in solchen Tests bestätigte. Das Anwendungsrisiko wurde allerdings heruntergespielt, und das sogar in Bezug auf Kinder. Die diesbezügliche Veröffentlichung »Stellungnahme des Koordinierungskreises für Biologische Arbeitsstoffe (KOBAS) und des Koordinierungskreises für gefährliche Arbeitsstoffe (KOGAS) – Inhaltsstoffe von Corona (SARS-CoV-2)-Antigen-Schnelltests« ist in sich nicht stringent logisch und widerspricht sich in Teilen selbst.

Man liest dort beispielsweise: »Natriumazid kann nach Aufnahme entsprechender Mengen akut sehr giftig sein und nach Verschlucken zu einer äußerst starken Blutdruckabsenkung führen. Hochkonzentrierte Natriumazidlösungen können bei Haut- und Augenkontakt auch Reizungen hervorrufen.«

Dann folgt allerdings ein Satz, der den geneigten Leser aufmerksam macht: »Für die Giftigkeit ist dabei die aufgenommene Menge von entscheidender Bedeutung!«

Diese Formulierung steht im Widerspruch zur Aussage von Gerichtsmediziner Prof. Dr. Johann Missliwetz (siehe oben). Er konstatierte, dass es für diesen Stoff keine Mindestgrenze gäbe, die unbedenklich sei. Die DGUV kommt des Weiteren auch zu folgender bedenklichen Aussage:

»Außerdem hat die Testperson bei sachgemäßer Verwendung des Tests und Anwendung gemäß der Gebrauchsanleitung keinen Kontakt mit der Pufferlösung, d. h. die Pufferlösung wird zu keinem Zeitpunkt im oder am Körper […] verwendet. Auch wenn keine bereits von der Herstellerfirma abgefüllten Extraktionspufferröhrchen verwendet werden, sondern diese durch die Testenden selbst, die Eltern oder zum Beispiel das Schulpersonal im Schulalltag vorbereitet werden müssen, liegt bei sachgemäßer Anwendung ebenfalls keine zusätzliche Gefährdung vor.«

Das kann nur als beschwichtigende politische Aussage gewertet werden, was die Unabhängigkeit der DGUV in Frage stellt. Diese unvorsichtige Herangehensweise sogar bei sehr jungen Schulanfängern steht im absoluten Gegensatz zur ansonsten überaus vorsichtigen Gesetzgebung bezüglich der Anwendung von Chemikalien im Schulunterricht.

Der Rechtsanwalt Dr. Georg Prchlik kommentierte das Vorgehen der österreichischen Behörden bei bereits erwähnter Pressekonferenz scharf und sah hier gleich mehrere Straftatbestände als erfüllt an. Dazu gehörte auch die Gefährdung der Umwelt wegen unsachgemäßer Entsorgung der hochgiftigen Testkit-Abfälle. Er zeigte auf, in welcher Art die Gesetzesnovelle des Medizinproduktegesetzes in maximal verstecktem Vorgehen an der Öffentlichkeit vorbei vorbereitet und eingeführt wurde.

Diese Novelle ermöglicht es in Österreich, dass Tests mit gefährlichen Inhaltsstoffen nunmehr in Verkehr gebracht werden durften, die nicht für den Normalbürger geeignet sind. Rechtsanwalt Prchlik sagte in Bezug zu den Selbsttests sichtlich erzürnt: »Und wenn ich […] [den Kindern] etwas in die Hand gebe, bei dem draufsteht, das geschulte Gesundheitspersonal darf es nur mit Handschuhen angreifen, dann ist das mehr als nur grob fahrlässig.«

Schöne neue Corona-Welt!

Dieses DW-Spezial erscheint als Podcast mit Fußnoten auf apolut.net



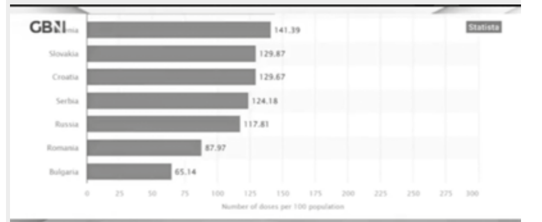
Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG



BIDEN ERKLÄRT PLANDEMIE FÜR BEENDET

Detroit/DW. Der unter der »Corona« inaugurierte US-Präsident Joseph Biden erklärte am Wochenende ab 17. September 2022 die Lügen-Plandemie mehrfach für beendet: »Die Pandemie ist vorbei. Sie sehen, dass niemand eine Maske trägt und die Leute trotzdem in guter Verfassung sind.« In einem anderen Statement von der Automesse in der Stadt Detroit hatte Biden erklärt, er habe seine »ganze Karriere lang die Pharmaindustrie bekämpft«, »und nun haben wir die Pharma besiegt«. Die Konzernmedien verschwiegen die Beendigung des Lügenprogramms mit genozidhaften Folgen durch den Hegemon. Siehe dazu Biden in den Originalaufnahmen (https://t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/6262) und den Leitartikel von Anselm Lenz auf Apolut.net: »Biden sagt Plandemie ab – jetzt Atomkrieg oder was?« (red)



WENIGER INJEKTIONEN WENIGER TOTE

London/Berlin/DW. »Das Land mit der geringsten Injektionsquote, Bulgarien, hat den geringsten Zuwachs bei der Sterberate, das Land mit der höchsten Injektionsquote, Malta, hat die höchste Übersterblichkeit«, stellte der britische TV-Sender Gbnews.uk mit Blick auf die offiziellen Statistiken im September 2022 fest. (ale)

SOLIDARITÄT MIT ULRIKE GUÉROT

Berlin/DW. Nachdem der Propagandasender NDR die Buchautorin und Universitätsprofessorin Ulrike Guérot aus der Jury des Sachbuchpreises des Senders entfernte, solidarisierten sich weitere Akademiker, Wissenschaftler und Autoren mit Guérot. »Unsäglich! Welch ein Demokratie- und Pluralismusverständnis. Nicht einmal die Mühe gemacht, die Wertedifferenz zu benennen, geschweige denn zu erklären. Kläglich!«, kommentierte Wolfgang Merkel, Politologe, Professor emeritus der Humboldt-Universität. Es steht zur Debatte, dass Ulrike Guérot womöglich das Aufklärungsbuch zur Corona-Lüge von Professor Klaus-Jürgen Bruder und weiteren Herausgeberinnen nominieren wollte (»Corona – inszenierung einer Krise«). Der NDR brachte jedenfalls eine »Wertedifferenz« zur Begründung vor. (ale)

MELDUNG

VONOVIA WILL »RÄUMUNGSANKÜNDIGUNGEN«

Berlin/DW. Am Dienstag gab das Management des Wohnhauskonzerns Vonovia in einer Publikation für die Aktionäre bekannt: Mieter sollen gekündigt und »Räumungsankündigen« belegt werden, wenn sie im kommenden Winter die inflationär wuchernden Nebenkosten nicht bezahlen können. So heißt es in Dokumenten mit dem Titel »Capital Markets Day« des umstrittenen Konzerns. Anwälte empfehlen dagegen bereits auf breiter Front, gestiegene Nebenkosten zurückzuweisen. Etwa eine Steigerung des Erdgaspreises von über 30 Prozent in einem Jahr kann demnach per Einschreiben mit Rückschein sogar mit dem sogenannten Wucherparagraphen zurückgewiesen werden. In vielen Berliner Wohnanlagen werden Kosten umgelegt. In Berlin ignoriert die »rot-rot-grüne« Landesregierung den gültigen Volksentscheid aus dem Jahr 2021, demzufolge Konzerne wie Vonovia enteignet werden müssen. (ale)

BERLINWAHL MUSS WIEDERHOLT WERDEN

Berlin/DW. Das Berliner Verfassungsgericht gab am Mittwoch bekannt, dass die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus wohl vollständig wiederholt werden muss. Gerichtspräsidentin Ludgera Selting spricht bei der Begründung des Beratungsergebnisses soeben von »vollständiger Ungültigkeit« des Urnengangs. Die Berliner Landeswahlen waren in jeder Hinsicht chaotisch verlaufen, was DW dezidiert dokumentierte (ab #DW64). Etliche Klagen gingen bei Gericht ein. Mit dem Urteil dürfte die umstrittene Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) als nur noch geschäftsführend im Amt betrachtet werden. (ale)

WIENER POLIZEI VERHAFTET UKRAINER MIT MG

Wien/DW. Laut Meldungen wurden am Montagnachmittag zwei Ukrainer mit einem Stadtjeep ukrainischen Kennzeichens in Wien-Leopoldstadt verhaftet. Bei der Polizeikontrolle wurden zwei Sturmgewehre US-amerikanischer Bauart und Munition im Kofferraum gefunden. Weitere Hintergründe sind bis Redaktionsschluss noch unbekannt. Seit Ausbruch des Krieges um das Kiewer Marionettenregime wird von Experten befürchtet, der Washingtoner »Tiefe Staat« könne die Ukrainer auch im weiteren Europa als irreguläre Kombattanten und für Anschläge einsetzen, um west- und mitteleuropäische Gesellschaften zu erpressen. Zudem ist zum Teil unklar, wie die Nato-Waffenlieferungen von Kiew verteilt werden. (ale)

GEFRIERMARKT NIEDERGEBRANNT

Paris/DW. In der Ortschaft Rungis in der französischen Region Île-de-France im Marnetal bei Paris ist am Sonntag der weltgrößte Markt für gefrorene und gekühlte Lebensmittel und Fleisch abgebrannt. Die Hintergründe sind weiter unklar, ein Anschlag gilt als wahrscheinlich. (ale)



Die künftige Regierungschefin Carla Meloni feiert den Sieg ihres Rechtsbündnisses. Foto: Quirinale.it

Italienwahl: Verloren haben die Wähler

Droht jetzt das Ende der Eurokratie in Brüssel durch eine blonde Faschistin aus Italien? Wohl eher nicht. Die Macher hinter den Kulissen haben vorgesorgt. Das Volk wird mal wieder massiv betrogen. | BERICHT und KOMMENTAR

Die europäische Presse steht Kopf. Giorgia Meloni von der neofaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Geschwister Italiens) hat aus dem Stand 25 Prozent der abgegebenen Stimmen vereinigen können. Sie bildet einen Parteienblock, zusammen mit der Lega (früher Lega Norte) und mit der Forza Italia des Mitglieds der Loge Propaganda due und früheren Regierungschefs Silvio Berlusconi.

Der »linksliberale« Block, angeführt von der italienischen SPD, der Partito Democratico und mitgetragen von der Bewegung der »Fünf Sterne« (Movimento Cinque Stelle) stürzte fürchterlich ab. Der pseudolinke Block blieb um 17 Prozent hinter dem rechtsradikalen Block der Signora Meloni. Im Vorfeld hatte bereits EU-Präsidentin Ursula von der Leyen eindringlich vor der schwarzbraunen Gefahr gewarnt und sogar gedroht, die Regierungsbildung unter Druck zu setzen. Eine bessere Wahlwerbung konnten sich die Brüder Italiens gar nicht wünschen.

Wie war es überhaupt zu diesem »Erdrutsch« gekommen? Nun, ganz einfach. Es wurden exakt jene Parteien abgewatscht, die seit Frühjahr 2020 die menschenverachtende Coronapolitik in Italien mit besonderer Härte und Unerbittlichkeit mitgetragen haben. Insbesondere die einst vom TV-Komiker Beppe Grillo gegründete Bewegung Fünf Sterne bekam es zu spüren. Grillo begeisterte sein Wahlvolk mit schonungsloser Kritik an den Machenschaften der Finanzwelt mit einer Brillanz wie dereinst auf deutschen Bühnen Volker Pispers.

Doch schnell platzte Grillos Lack ab. Da sickerte durch, dass die Daten der Parteimitglieder von einer privaten IT-Firma verwaltet wurden. Trotzdem erreichte die M5S bei den Parlamentswahlen 2018 aus dem Stand 32 Prozent. Und schon bildete die Grillo-Partei mit der norditalienischen Separatistenpartei Lega Norte eine Regierung. Feuer und Wasser? Nun ja. Die Regierungsverantwortung überließ man zunächst dem damals noch parteilosen Technokraten Giuseppe Conte, der später selber in die M5S eintrat und rasch deren Vorsitzender wurde.

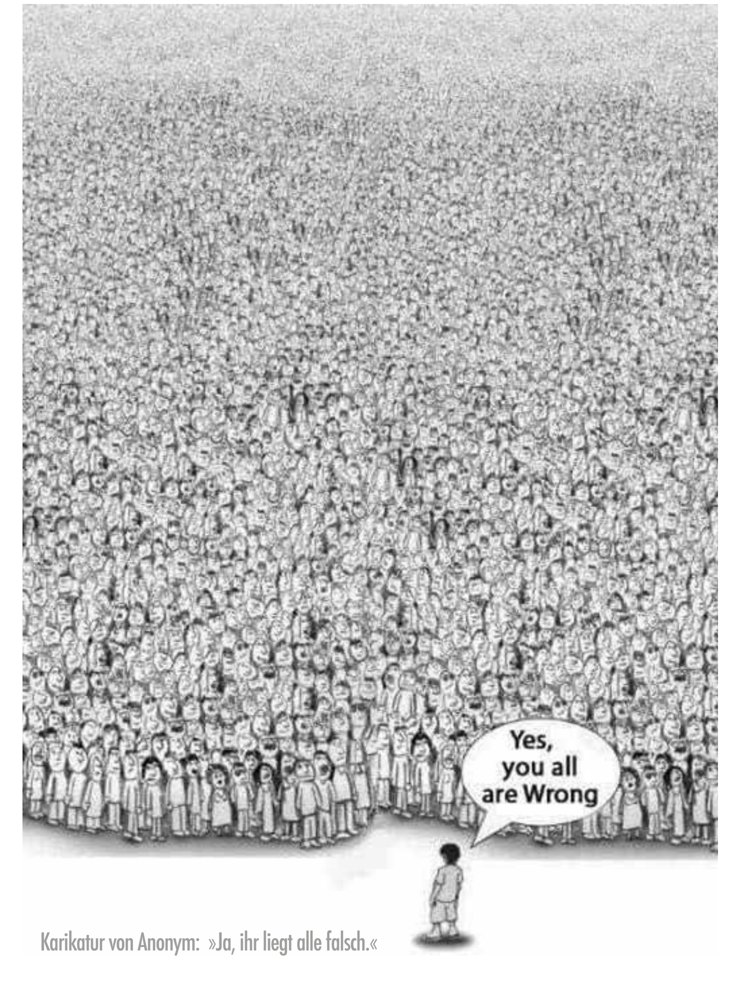
Dann ging M5S eine Koalition mit den Sozialdemokraten von der PD ein und trug dann zum jämmerlichen Ende noch eine so genannte »Expertenregierung« unter dem Dirigat des früheren Goldman Sachs-Direktors und Direktors der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi mit. Dieser politische Offenbarungseid einer einstmals »populistischen« Partei wurde von den Wählern nun mit einer saftigen Ohrfeige quittiert. M5S stürzte von 32 auf 15,4 Prozent ab. Abgestraft wurde auch die Lega: Sie verlor 8,5 Prozent und landete jetzt bei kläglichen 8,8 Prozent.

Ob für den Lega-Chef Gianfranco Fini noch ein gut dotiertes Pöstchen unter den Fittichen von Frau Meloni drin ist, steht in den Sternen. Und auch Berlusconis Forza Italia (Italienische Kraft) ist um 5,9 Prozent auf jetzt 8,1 Prozent abgeschmiert. Ausgeforzt. Damit haben die Parteien, die die Corona-Verbrechen politisch zu verantworten haben, erst einmal ausgedient.

Die größte Partei in Italien ist die Partei der Nicht-Wähler. Über 37 Prozent der wahlberechtigten Italiener haben die ganze Inszenierung durchschaut und sind gar nicht erst zu den Wahllokalen aufgebrochen. Far Niente, Nichtstun, ist eben manchmal die größte Weisheit …

Und nun wird also achtzig Jahre nach Benito Mussolinis legendärem Marsch auf Rom im Schlafwagenabteil der italienischen Eisenbahn am 28. Oktober 1922 seine politische Enkelin das Ruder übernehmen. Mussolini wurde bekanntlich von der Wall Street aufgebaut und ein Mega-Kredit der US-Banker für das Faschistenoberhaupt wurde damals vom US-Wirtschaftsanwalt John McCloy höchstpersönlich in Rom gewinnbringend für die Fascisti verwaltet. Nun, warum sollte es diesmal anders gehen? Die Investoren und Börsenbroker schauen der Ära Meloni mit großer Entspanntheit entgegen. Das kann man den seriösen Wirtschaftszeitungen unzweideutig entnehmen. Immerhin ist ja Frau Meloni Mitglied in der hochelitären transatlantischen Lobbygruppe Aspen Institute, die mit dem Rockefeller- und dem World-Economic-Forum-Netzwerk eng verflochten ist. Am 21. April dieses Jahres hat sie sich eindeutig für den europaweiten Impfpass ausgesprochen (das Video wurde noch nicht gelöscht).

Zu Wahlkampfzwecken hat es sich Frau Meloni nun einstweilen anders überlegt und sich gegen den EU-Impfpass ausgesprochen. Nach der Wahl kann man ja dann wieder zur Agenda zurückkehren. Dass Frau Meloni für die Nato und den Krieg gegen Russland ist, dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben. Wie klug, dass die weisen Eliten in Washington immer mehrgleisig fahren. (Hermann Ploppa)



Karikatur von Anonym: »Ja, ihr liegt alle falsch.«

Im Strudel der »Eliten«

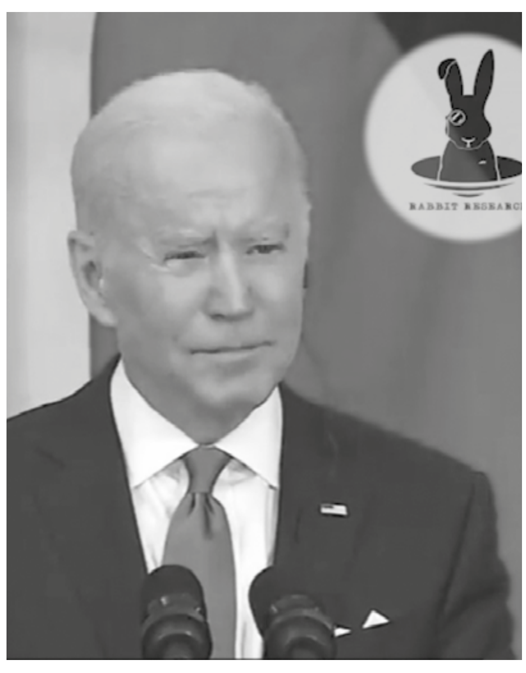
Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick.

Nordstream 1 und 2 wurden innerhalb von 24 Stunden lahmgelegt, die deutsche Wirtschaft und Privathaushalte kollabieren unter den explodierenden Energiepreisen und als Sahnehäubchen auf dem Haufen Mist kehrt die Coronapest mit ihren evidenzbefreiten Maßnahmen zurück. Rette sich wer kann!

War es das für alle Zeit mit dem Erdgas aus Russland? Nachdem drei Lecks an den *Pipelines* in der Ostsee gesichtet wurden, kommen laut *Tagesschau* immer mehr Länder zu der Einschätzung, »dass die Lecks an den Nord-Stream-*Pipelines* durch einen vorsätzlichen Angriff entstanden sind.« (Die Versorgungsleitungen wurden vom Tiefen Staat der USA mit Unterwasserdohnen gesprengt, siehe Seite 11, red.) Und was machen die Massenmedien? Sie haben bereits einen Schuldigen gefunden: Putin. So berichtete zumindest *RTL*-Explosiv direkt am Tag des Geschehens. Des Weiteren äußerste sich der norwegische Militärwissenschaftler und Marineoffizier Tor Ivar Strömmen. Laut Pressebericht bleibe für ihn eigentlich nur Sabotage als Erklärung. Und er sehe nur einen möglichen Akteur und »das ist Russland«.

CUI BONO? WEM NÜTZT ES?

Auf dem Nachrichtendienst Twitter postete zeitgleich der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorski eine Luftaufnahme des austretenden Gases mit dem Vermerk: »Thank you, USA.« Erinnert er sich etwa auch an die Worte des amerikanischen Präsidenten Joseph Biden? Am 7. Februar erklärte dieser in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass man Nordstream 2 beenden werde. Eine Reporterin fragte, wie Biden das anstellen wolle. Seine Antwort: »I promise you, we'll be able to do it«, »glauben Sie mir, wir werden dazu in der Lage sein«. Und der ehemalige britische Botschafter und heutige Menschenrechtsaktivist Craig Murray kommentierte auf Twitter: »The North Stream pipeline allows Russia to send gas to Western Europe without paying transit fees to Ukraine and Poland. Russia just completed it in the teeth of massive opposition from Ukraine, Poland and USA. Now they are trying to convince you it was Russia who blew it up«; »die *Pipeline* Nord Stream ermöglicht es Russland Gas nach Westeuropa zu liefern, ohne Transitgebühren in die Ukraine und nach Polen zu zahlen. Russland hat es gerade trotz massivem Widerstand aus der Urkaine, Polen und den USA abgeschlossen. Jetzt versuchen sie dich davon zu überzeugen, dass es Russland war, das es in die Luft gesprengt hat.«



»Aber wie wollen Sie das machen? Das Projekt liegt in den Händen von Deutschland«, fragte eine Reporterin am 22. Februar. »Ich verspreche Ihnen, wir werden in der Lage sein, es zu tun«, sagte der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden zum Thema, wie er die Versorgungsleitungen zerstören wolle. Bildschirmfoto: https://t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/6398

Jeder kann sich fragen, wer den größten Vorteil aus der aktuellen Situation ziehen kann. Wer es auch immer war: Uns allen muss klar sein, dass wir uns inmitten eines hässlichen Wirtschaftskrieges befinden, der jederzeit weiter auf unsere Kosten eskalieren kann. Die schwächelnde Nummer eins der Welt, die USA, führen einen Stellvertreterkrieg mit ihrem Erzfeind Russland auf dem Boden der Ukraine. Europa – und vor allem Deutschland – wird dafür gnadenlos als Kanonenfutter verheizt. Im Auftrag des digital-finanziellen Komplexes, die Profiteure jeglicher selbstgemachter Krisen, legt die deutsche Regierung unser Land in Schutt und Asche. Das Abdrehen von billiger Energie stürzt uns alle in Lichtgeschwindigkeit in Elend und Armut.

DEN STRUDEL »UNTERSCHWIMMEN«

Die Agenda des Weltwirtschaftsforums (WEF) läuft also auf Hochtouren. Um den Druck auf die Bevölkerung zu erhöhen, schießen die Politmarionetten aus allen Rohren. Während die meisten Länder um uns herum die inszenierte Pandemie haben fallen lassen, bleibt das deutsche Regime unter dem Pharmakasper Karl Lauterbach hart. Gentherapeutische Spritzen, Masken und sinnlose Tests warten ab Oktober wieder auf ihren Einsatz.

Im Hintergrund, ganz still und leise, laufen die Vorbereitungen für den Einsatz des digitalen Zentralbankgeldes auf Hochtouren, der größten Unterwerfung der Menschheit. So schreibt Norbert Häring auf seiner Internetseite: »Die EU-Kommission hat im Frühjahr angekündigt, schon im ersten Vierteljahr 2023 einen Gesetzentwurf vorzulegen und die EZB hat am 16. September bekanntgegeben, dass sie gemeinsam mit fünf Privatunternehmen die Gebrauchstauglichkeit eines digitalen Euro testet. Geplant ist die Einführung des digitalen Euro bisher für 2026.« Wer von einem Strudel gepackt wird, sollte nicht versuchen, an die Wasseroberfläche zu gelangen, das wäre ein folgenschwerer Fehler. Und wir sind mittendrin, im Strudel. Es hilft nur, sich mit verbliebener Kraft nach unten zu kämpfen – und den Wirbel zu unterschwimmen. In diesem Sinne: Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.
(Nadine Strotmann)



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

MELDUNG

BALLWEG: AMTSGERICHT HEBT EIGENEN HAFTBEFEHL NICHT AUF

Stuttgart/DW. Der Menschenrechtsanwalt Ralf Ludwig (ZAAVV) meldet Neuigkeiten zum widerrechtlich inhaftierten Bürgerrechtler Michael Ballweg: »Der Ermittlungsrichter am Amtsgericht Stuttgart hat auf die Haftbeschwerde des Verteidigerteams vom 11. September 2022 den eigenen Haftbefehl vom 29. Juni nicht aufgehoben. Jetzt wird die Akte dem Landgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Michael Ballweg sitzt jetzt bereits seit fast zwölf Wochen unschuldig in Untersuchungshaft. Es wird weiterhin der Vorwurf erhoben, er habe Schenkungen, die er für Querdenken-711 erhalten habe, nicht zweckgemäß verwendet. Tatsächlich konnte das Verteidigerteam mit Belegen nachweisen, dass Michael Ballweg für die Organisation der Demokratiebewegung Querdenken erheblich mehr Geld ausgegeben hat, als er eingenommen hat.

Alle öffentlichen Äußerungen von Michael Ballweg in Bezug auf die Verwendung der Schenkungen entsprechen zu 100 Prozent der Wahrheit. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür dass Michael Ballweg erhaltenes Geld nicht für Querdenken ausgegeben hätte. Jeder, der die letzten 2,5 Jahre verfolgt hat, weiß, was Querdenken geleistet hat.

Jeder, der die Demos vom 1. August und 29. August 2020 in Berlin oder am 7. November 2020 in Leipzig erlebt hat, weiß, welcher organisatorische Aufwand dahinter stand. Das Gleiche gilt für viele weitere Demos in Stuttgart und Umgebung. Für viele verbotene Demos war der gleiche Aufwand nötig und sind die Kosten in voller Höhe entstanden.
Demokalender, Initiativennetzwerk, tube.querdenken-711.de, Telegrambots und so weiter.

Jeder, der selbst einmal Veranstaltungen dieser Größenordnung organisiert hat oder eine vergleichbare IT und ehrenamtliche Organisationsstruktur aufgebaut hat, weiß, welche Kosten dahinter stecken – selbst wenn die Organisatoren ehrenamtlich gearbeitet haben.
Es ist völlig absurd zu glauben, dass das eingenommene Geld die Kosten gedeckt hätte.

Ich bleibe weiterhin dabei: Das ganze Verfahren wird am Ende für Staatsanwaltschaft und Gericht ein vollkommenes Desaster sein.«



»Das Rundum-Wohlfühlpaket«

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche hatte ich wieder einmal den Fall eines aus dem Ruder gelaufenen Polizeieinsatzes zu verhandeln. Hintergrund war eine Polizeikontrolle vor dem Aachener Bahnhof auf Veranlassung aufmerksamer Security-Mitarbeiter in Auftrage der Deutschen Bahn. Der Mandant hatte im Juni 2021 keine Mund-Nasenbedeckung im Gebäude getragen. Das musste er auf Grund eines Attestes auch nicht, was er den Privatdienstleistern auch mitteilte. Allerdings ohne sein Dokument vorzulegen.

Die hinzugezogenen Bundespolizeibeamten unterzogen den Mandanten sodann zunächst einer Personenkontrolle, dem der Mandant auch artig Folge leistete. Hiernach wollte ein besonders engagierter Beamter dann auch das Attest sehen, was der Mandant jedoch ablehnte. Als der Mandant dann in die Polizeistation verbracht werden sollte, wurde es aus seiner Sicht so bedrohlich, dass er sich anfing, sich selbst mit dem Mobiltelefon zu filmen. Dies sollte sein späteres Glück sein.

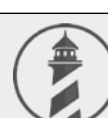
Denn es kam, wie es kommen musste: Der Beamte wollte das Filmen unterbinden, indem er das Telefon beschlagnahmte. Dies geschah natürlich mittels Gewalt und anschließender Fixierung des Mandanten am Boden. Und natürlich soll sich dieser heftig gewehrt haben.

Ergebnis: Ein happiger Strafbefehl wegen des Verstoßes gegen § 201 StGB sowie Widerstand und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte. Zudem schmorte das Telefon sechs Monate in in der Asservatenkammer. Kurzum: Ein »exklusives Rundum-Wohlfühlpaket« für den Mandanten.

In der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Aachen lösten sich die Vorwürfe – auch eben wegen des Videos – in Luft auf, wobei der oben genannte Beamte grinsend vor sich hin »scholzte«. So gut wie keinerlei Erinnerung war mehr vorhanden. Mehr noch: Es stellte sich heraus, das die Maßnahme der Beamten von vorne bis hinten als komplett rechtswidrig zu werten war, was selbst im Falle einer Widerstandshandlung und des Angriff zur Straffreiheit gemäß Paragraph 113 Absatz 3 des Strafgesetzbuches führt. Und der Verstoß gegen die Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes gemäß Paragaraph 201 StGB scheiterte bereits daran, dass die beiden Securities ja unmittelbar als Öffentlichkeit der Szenerie beiwohnen durfte.

Das Traurige hierbei: All war bereits aus der Ermittlungsakte erkennbar und hätte bei einem sorgfältigen Studium dazu führen müssen, das die Staatsanwaltschaft gar keinen Strafbefehl hätte beantragen und das Gericht diesen nicht hätte erlassen dürfen, was ich nach dem freisprechenden Urteil noch im Gerichtssaal freundlich, aber bestimmt, zum Ausdruck gebracht habe. Möglicherweise nehmen das sowohl Richterin und Staatsanwalt aus dieser Verhandlung als »Lehrgeld« mit in die Amtsstuben.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
BADEN-BADEN: Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
BALINGEN: Donnerstag 11.30 • Schwarzwälder Bote • Herrenmühlenstr. 4
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BOCHOLT: Samstag ab 12 • Temming NewMedia • Europaplatz 24-28
BONN: Donnerstag 16.15 • WDR Phoenix • Langer Grabenweg 45-47
CHEMNITZ: Montag 16.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
DORNBIRN (A): Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
FREIBURG: Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
FULDA: Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
HAMBURG: Donnerstag ab 12 • DER SPIEGEL • Ericusspitze 1
KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz
KIEL: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LANDAU: Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LANDSHUT: Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
LÜBECK: Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
MAINZ: Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 14 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
OSNABRÜCK: Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
PRIEN: Montag ab 19 • OVB Heimatzeitung • Geigelsteinstr. 7
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • St. Johanner Markt
SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9
WOLFSBURG: Montag ab 17 • Wolfsburger AZ • Porschestr. 74
WÜRZBURG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz – MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus – NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Fr, 30.9.2022 15-20 Uhr	Berlin, Viktoriapark	Sternmarsch 1 Friedlich Zusammen
Fr, 30.9.2022 16-20 Uhr	Berlin, Bundesminesterium für Gesundheit	Sternmarsch 2 Friedlich Zusammen
Fr, 30.09.2022 16-20 Uhr	Berlin, Spanienkämpfer (Volkspark Friedrichshain)	Sternmarsch 3 Friedlich Zusammen
Fr, 30.09.2022 16-20 Uhr	Berlin, S-Treptower Park (Parkweg)	Sternmarsch 4 Friedlich Zusammen
Fr, 30.9.2022 16-20 Uhr	Berlin, Neptunbrunnen	Kundgebung und Aufzug
Sa, 1.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 1.10.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.10.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 1.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 1.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 1.10.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 1.10.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 1.10.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 1.10.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 1.10.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 2.10.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz 1	Kundgebung und Umzug
So, 2.10.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE
So, 2.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 2.10.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 3.10.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 3.10.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 3.10.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 3.10.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 3.10.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 3.10.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 4.10.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 4.10.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 4.10.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 4.10.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 4.10.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 5.10.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 5.10.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 5.10.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 5.10.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 5.10.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 5.10.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 5.10.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 5.10.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 6.10.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 6.10.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 6.10.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 6.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 6.10.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 6.10.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 6.10.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 7.10.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 8.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.10.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 8.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.10.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 8.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 8.10.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 8.10.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 8.10.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.10.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 8.10.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.10.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 10.10.2022 15-17 Uhr	Teterow, am Rathaus	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.10.2022 15-18 Uhr	Neubrandenburg, am Marktplatz	Kundgebung und Aufzug
Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

NICHT OHNE UNS!

WEITER GEHEN, BESSER GEHEN, NICHT AUFGEBEN!

Aus dem DW-Aktionsbüro von Dori Lee

Wissen Sie noch, wie ab Oktober 2021 die Montagsspaziergänger überall in Deutschland von den kleinsten Käffern bis zu den Großstädten losgingen? Und immer größer wurden? Wenn wir dieses Jahr entschlossen vorangehen und einfach nicht mehr mitmachen beim Wahnsinn von Maßnahmen und Krieg, werden wir uns als Demokratiebewegung durchsetzen.

Schon wieder Panik? Kommt nun der *Blackout* oder nicht? Sind wir schon im Dritten Weltkrieg? Werden wir im Winter frieren müssen? Und wieviele Menschen sollen noch von den »Impfungen« geschädigt oder getötet werden? Gerade weil die äußeren Krisen immer schlimmer und immer schneller werden, sollten wir uns zu den Demonstrationen und den Montagsspaziergängen zusammenfinden.

Mein Rat: Versuchen Sie irgendwie, trotz der Lage »cool« zu bleiben. Man kann auch aus dem ganzen Wahnsinn etwas für sich machen, ohne durchzudrehen. Ich habe mir einen Hunderterpack Kerzen zugelegt. Ich weiß, dass Kuscheln und »Kriegsfasten« keine Modelle für die Gesellschaft sind. Aber trotzdem können wir uns auf etwas einstellen, auf dass die Menschen in früheren Jahrhunderten ohnehin vorbereitet waren: Dass man mal ein paar richtig harte Wochen überstehen muss. Gerade in der Demokratiebewegung sollten wir einander dabei helfen. Es gibt nur eine Demokratiebewegung.

Anstatt sich an den Affären von Anwaltsmillionären, die unser Geld verwalten (Seite 7) auch noch zu ergötzen wie an einer Soap-Opera, die ausgefallen ist, können wir das wieder in den Blick nehmen, was uns seit 28. März 2020 und allem, was sich danach entwickelt hat, verbindet. Die kleinen, mittleren und großen Streitereien und Diskreditierungsversuche innerhalb der Demokratiebewegung interessieren mich überhaupt nicht mehr.

Zumindest die, die wirklich auf die Straße gehen und etwas tun, sollten zusammenhalten. Alles andere: Buh, langweilig, öde, schämt Euch! Wir stehen ein für das Grundgesetz, den Nürnberger Kodex und das Menschenrecht. Grüße aus Berlin, wir bleiben beständig, wir machen weiter, wir werden nicht weichen, wir werden uns nicht zerlegen, anfeinden oder aufreiben lassen!

Ein demokratisches Angebot für alle:

Der 5-Punkte-Plan (NichtOhneUns.de) seit 28. März 2020

1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland
2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn.
3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat.
4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten.
5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

NICHTOHNEUNS.DE

DIE ANWÄLTE UND UNSER GELD

Sie wurden von uns mit offenen Armen empfangen und dann sehr weich gebettet. Anscheinend haben die Juristen des Corona-Ausschusses dabei den Wirklichkeitssinn verloren.

Ein buchhalterischer KOMMENTAR von Hendrik Sodenkamp



Er war das inhaltliche Rückgrat des Ausschusses, weil er als Arzt und Abgeordneter bereits die Pharma-Verschwörung Schweinegrippe 2009 aufdeckte: Dr. Wolfgang Wodarg. Wie wird er sich nach dem Gold-Skandal um Viviane Fischer und die Anwälte verhalten? Foto: Bundestag

Geld macht nicht glücklich. Das führen die beiden Galionsfiguren des Corona-Ausschusses Reiner Füllmich und Viviane Fischer nun der gesamten Welt vor. In viel beachteten Videos werfen sie sich gegenseitig vor, insgesamt rund 1,5 Millionen Euro nicht richtig eingesetzt zu haben und den sagenhaften Goldschatz des Ausschusses voreinander zu verbergen.

Der Corona-Ausschuss war Mitte 2020 nach der Idee des Journalisten Kayvan Soufi-Siavash und nach entsprechenden Rufen aus der Demokratiebewegung gegründet worden. Erklärtes Ziel: Bestandsaufnahme sowie Aufarbeitung der Corona-Verbrechen, auch juristisch. Seit dem Sommer 2020 sind seitdem Tausende Stunden Videomaterial entstanden. Denn das war der Ausschuss: Eine Youtube-*Show*. Häufig einfach nur lang und zäh, gelegentlich aber auch sehr aufschlussreich dank der eingeladenen Experten. Nun streiten sich Viviane Fischer und Reiner Füllmich öffentlich über Millionensummen. Ich muss gestehen, mir ist es ziemlich egal, wer hier von der Youtube-Sendung »Corona-Ausschuss« einen »Darlehensvertrag« bekommt. Mir ist auch egal, wer die Schatzkarte zum Gold des Ausschusses besitzt. Was mich interessiert ist: Warum brauchen die 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«? Wie kann es den Machern einer Youtube-Sendung erst nach mehreren Jahren auffallen, dass 650.000 Euro fehlen, wie Viviane Fischer es darlegte? Und warum haben die überhaupt solche Luxusprobleme? Es gibt eine einzige klare Antwort darauf: Da ist soviel Spendengeld von uns Demokraten zusammengekommen, dass es den Anwälten über den Kopf gestiegen ist.

EINE KLEINE AUSSCHUSS-BILANZ

Gestatten sie mir aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und zur Rückgewinnung des Überblicks an dieser Stelle eine Rechnung und ein paar Zahlen: Die Einrichtung eines semi-professionellen Youtube-Studios, wie es der Corona-Ausschuss betreibt, kostet rund 15.000 Euro für Kameras, Kabel, Mikrofone, Schnittutensilien. Das wäre es eigentlich schon an Kosten für unseren Corona-Ausschuss, damit die Arbeit losgehen kann. – Zur Erinnerung und zum Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«! Weil *Homeoffice* nervt und nicht so schick aussieht: Die Mietpreise in Berlin sind horrend, aber wenn man 1.000 Euro im Monat ausgeben kann, findet man auf einen Blick ins Internet umgehend ein Bürozimmer, wie es der Ausschuss betreibt. Das wären dann 12.000 Euro im Jahr. Da kommt natürlich noch das Wichtigste an Kosten hinzu: Der Internetanschluss, rund 40 Euro im Monat. Im Jahr also: 480 Euro. Und da wären wir bei den jährlichen Fixkosten des Corona-Ausschusses von 21.060 Euro. – Zur Erinnerung und zum Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«!

Klar, Menschen müssen von etwas leben. Gehen wir also davon aus, dass die Rechtsanwälte Reiner Füllmich und Viviane Fischer als Gage 5.000 Euro im Monat für ihren wöchentlichen Auftritt erhalten, was auch in Youtuber-Kreisen Spitzenklasse ist. Das machte dann 120.000 Euro im Jahr. Rechnet man dann noch mit Brutto-Ausgaben von 120.000 Euro im Jahr für die anderen drei, vier Mitarbeiter an den Kameras, am Mailpostfach, am Schnitt und die Protokollantinnen wie Gabriele Krüper hinzu, die selbstverständlich auch honoriert werden sollten, dann hat man jährlich Personalkosten und Gagen in Höhe von 240.000 Euro. – Zur Erinnerung und zum Vergleich: 700.000 Euro »Liquiditätsrücklagen«!

Fazit: Werden Gagen und Gehälter gezahlt, kann unser Corona-Ausschuss mit der für seine Arbeit vorgesehenen »Liquiditätsrücklage« von 700.000 Euro (plus Goldschatz) noch rund drei Jahre ohne zusätzliche Spenden seiner Videoarbeit nachgehen. – Folgt man den Ausführungen Viviane Fischers und es gibt keine Gehälter für niemanden, dann kann der Corona-Ausschuss die Mietkosten (12.000 Euro pro Jahr) und das Internet (960 Euro pro Jahr) noch rund 50 Jahre stemmen. Da hat die Demokratiebewegung ja dermaßen vorgesorgt.

DIE KOSTEN DES WIDERSTANDS UND DER AUFKLÄRUNG

Die Arbeit des Corona-Ausschusses in allen Ehren: Die Sitzungen im Jahr 2020 waren wichtig. Niemand hier will der Demokratiebewegung schaden, ganz im Gegenteil. Eine gute Beschallungsanlage für die Demonstrationen und die Spaziergänge kostet ein paar Tausend Euro, hinzukommen anfallende Kosten für Bühnen. Spenden vor Ort kommen sinnvoll an.

Und hier erst recht, bei dieser Zeitung. Wir haben durch Druck, Versand und allem Drum und Dran in jedem Monat (!) mehr Kosten, als es der Corona-Ausschuss für sein Youtube-Studio in zwei Jahren hatte. Und wir haben leider keine Häuser im Wert von 700.000 Euro und keine *Youtube*-Spitzengagen und keine Luxusprobleme. Und wir halten, was wir versprechen: Jeden Samstag eine gute Zeitung.

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28
BIC: QNTODEB2XXX
Verwendungszweck: Crowdfunding

DAS ZEITALTER DER HEUCHELEI IST ZU ENDE

Mahnwachen vor Propagandaredaktionen. Kommentar des Gründers der Initiative »Leuchtturm ARD« Jimmy Gerum

Bereits der General und Philosoph Sun Tzu lehrte uns, sowohl den Feind als auch uns selbst kennen zu müssen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Wir alle sind eine kraftvolle Bewegung, die sich für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzt. Aber wir wollen keine Berufsdemonstranten werden! Deshalb müssen wir lernen, unsere Kräfte zu bündeln und unseren Gegner zu verstehen.

Unsere Gegner sind nicht die Leitmedien. Sie werden nur missbraucht von einem entsetzlichen Informationskrieg, den wir verstehen müssen, um ihn gewinnen zu können. Wir brauchen eine klare Strategie, die uns den kürzesten und friedlichsten Weg vorzeichnet, der uns in eine aufrichtige und demokratische Zukunft führen kann.

Die Initiative »Leuchtturm ARD ORF SRG« steht nun seit ZWÖLF Wochen vor den Medienhäusern dieser Republik und auch in Österreich, um eine aufrichtige Partnerschaft mit der Vierten Säule zu diskutieren und zu erarbeiten (siehe Seite 6 dieser Ausgabe). Wir sind überzeugt, dass es uns nur gemeinsam mit einem mutigen *Mainstream* gelingen kann, eine freiheitlich-demokratische Grundordnung ins Zentrum unserer Zukunft zu stellen.

Wir Alle, in deren Herzen Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden brennen, brauchen einen ehrlichen und unabhängigen Journalismus, der wirklich abbildet, wer wir sind und welche Werte uns antreiben. Dafür müssen wir über unseren Schatten springen. Unser Schatten sind die Emotionen, die die jahrelangen Diffamierungen der Leitmedien in uns auslösen. Der Leitjournalismus darf nicht unser Feindbild sein, sondern muss unsere Perspektive sein. Denn die Leitmedien werden missbraucht in einem grausamen Informationskrieg, dessen Schaden besonders groß ist, weil er unsichtbar und leise daherkommt. Wir müssen diesem Gegner mit kühlem Kopf begegnen, und das ist es, was unser Medien-Mahn-Marathon hier versucht.

Wir führen seit Wochen direkte Gespräche mit Redakteuren und Journalisten, die falsch informiert sind über unsere Bewegung oder spürbar manipuliert werden von internationalen Narrativen, die über gekaufte oder überforderte Presseagenturen in deren Köpfe geschleust werden. Wir Menschen sind die 99 Prozent! Die fehlgeleiteten und fehlinformierten Redaktionen bestehen ebenfalls aus Menschen, mit denen wir in das direkte Gespräch kommen müssen.

Die Wenigsten von ihnen sind absichtliche Zerstörer unserer demokratischen Grundwerte. Und diese Wenigen können wir nur bezwingen, wenn wir eine breite Allianz (siehe NichtOhneUns.de) bilden, die sich kompromisslos für eine strikte Einhaltung bestehender Regeln einsetzt. Wir erfinden hier nichts Neues.



Die Medienmahnwache von Schwerin in der vergangenen Woche. Foto: privat

• Wir fordern die 16 Regeln des Pressekodex und ausgewogene und staatsferne Berichterstattung, wie vorgegeben im Medienstaatsvertrag.

• Wir fordern rückhaltlose Selbstkritik und Selbstreflexion beim Journalismus.

• Wir fordern eine historische Aufarbeitung der politischen Manipulierbarkeit der Vierten Säule!

Wir stehen am Beginn eines »Heißen Herbstes«, der gekennzeichnet ist von mehreren Vernetzungskonferenzen für die bestehende Demokratiebewegung seit 28. März 2020 wie zuletzt in Wien die »*Better Way Conference*“ oder am 2. Oktober die Versammlung »Deutschland steht auf« bei Bielefeld. Unsere Bewegungen stehen in diesem Herbst vor der anspruchsvollen Reifeprüfung, wie gut es uns gelingt, unsere Kräfte zu koordinieren.

Für einen friedlichen und nachhaltigen Weg in eine neue Welt, die das Zeitalter der Heuchelei in historischer Weise hinter sich lassen könnte, brauchen wir eine starke Allianz, die nicht nur unsere vielen Bewegungen umschließt, sondern auch einen befreiten und unabhängigen öffentlichen Rundfunk als mächtigen Verbündeten erkennt und anstrebt.

ARD und *ZDF* gehören uns! Wir bezahlen sie! Lasst uns zusammen unsere Werte definieren und diskutieren, an einem Runden Tisch und auf Augenhöhe. Es geht nur gemeinsam.

Art meets science

oder: »Zum Aufbruch ins Miteinander!«

In Hamburg treffe ich Frauke Thalacker. Auf einem Spaziergang durch die Speicherstadt spreche ich mit der Initiatorin von *Art meets science* über die bevorstehende Veranstaltung und wie sie unterschiedliche Disziplinen zusammenzuführt – am 3. Oktober 2022 im Tschaikowsky-Saal in Hamburg.


Frau Thalacker, die Initiatorin von Art meets science. Foto: Hannes Henkelmann

DW: Würden Sie sich bitte unseren Lesern selber vorstellen?
Ja, sehr gern. Mein Name ist Frauke Thalacker. Ich bin Opern- und Konzertsängerin sowie Schauspielerin. Ich liebe meine künstlerische Tätigkeit auf der Bühne, bin parallel dazu im *Coaching* für Künstler und Management tätig. Zudem habe ich meine Tätigkeitsfelder durch jahrelange wissenschaftliche Studien bereichert und erweitert.

DW: Eine Opernsängerin mit einer Schwäche für die Wissenschaft. Das klingt spannend. Für welche Bereiche interessieren Sie sich besonders?
Mein besonderes Interesse gilt der Hirnforschung in Kombination mit Zellbiologie und Quantenphysik. Der Weg zur Hirnforschung kam über mein Interesse an Philosophie und Psychologie. Vor vielen Jahren fiel mir ein Buch mit dem Titel »Willst Du normal sein oder glücklich« in die Hände. Von da an ergab das Eine das Andere.

DW: Welche Erkenntnisse haben Sie gewonnen?
Zunächst einmal, dass wir das Potential, das wir in uns tragen, soviel mehr beeinflussen können, als man uns glauben machen will. Unsere Zirbeldrüse, Hypophyse, unser Gehirn überhaupt ist an sich schon eine großartige Pharmaindustrie. Wir haben zudem sogar noch die Möglichkeit, unsere Gene zu beeinflussen. Geistige und mentale Fähigkeiten können wir genauso trainieren und erlernen wie zum Beispiel ein Instrument oder eine Sportart. Wir können Verhaltensmuster auflösen und durch Bewusstheit außergewöhnliche Fertigkeiten durch kontinuierliches Training erlangen. Je besser unsere zwei Hemisphären im Gehirn zusammengeführt werden und zusammenarbeiten, desto mehr können wir unsere Potenziale nutzen und entfalten. Die Hirn-Herz-Kohärenz spielt hierbei ebenso eine große Rolle, wenn man bedenkt, dass die Wissenschaft schon seit vielen Jahren weiß, dass das Herz ein tausendmal stärkerer Sender und Empfänger ist als das Gehirn. Es gibt so viele Erkenntnisse schon seit vielen Jahren, nur leider landet dieses Wissen meist nicht in den Schulbüchern.

DW: Wo ist die Schnittmenge zur Kunst und Musik?
Es gibt viele Berührungspunkte. Angefangen mit dem großen Bereich der Musikwissenschaft. Und die Musik ist Schwingung, Frequenz, Rhythmus, damit sind wir bei der Physik. Wir bestehen aus Rhythmus, Frequenz, Atemrhythmus, Herzfrequenz, damit sind wir bei der Biologie. Musik wird zur Therapie eingesetzt, zum Beispiel auch in der Neurorehabilitation, damit sind wir bei Medizin, Hirnforschung und Psychologie. Musik hat Einfluss auf unsere Psyche, unsere Psyche Einfluss auf unsere Gesundheit, auf unser Immunsystem.

Musik stärkt nicht nur unser Immunsystem, sie öffnet auch Räume für Kreativität und Schöpferkraft. Musik verbindet, schafft Gemeinschaft, kann Gegensätze überwinden. Sie lässt uns lebendig werden. »Klang ist Leben« heißt auch ein Buch von Daniel Barenboim. Musik kann durch die ihr innewohnenden Strukturen und Gesetze nicht nur unser Gehör für Musik und Töne, sondern auch für die drängenden Probleme unserer Zeit schärfen. Geistige Freiheit ist eines unserer wertvollsten Besitztümer in einer Zeit geworden, in der politische Systeme und gesellschaftliche Zwänge unserem freien Denken oft genug Fesseln anlegen.

Zudem möchte ich auf das Experiment von Dr. Masaru Emoto und sein Buch »Die Botschaft des Wassers« hinweisen. Es lohnt sich, seine Aufnahmen von Wasserkristallen anzusehen, die vorher mit verschiedenen Musikstücken wie zum Beispiel von Bach, Mozart, Dvořák beschallt wurden. Und bedenken Sie in diesem Zusammenhang, dass der Mensch zu 70 bis 80 Prozent aus Wasser besteht. Genau diese klar erkennbaren Berührungspunkte von Musik und Wissenschaft haben mich auf die Idee gebracht, beides in einer Veranstaltung zu verknüpfen.

DW: Wer wird an *Art meets science* teilnehmen?
Das Publikum kann sich auf eine wunderbare Konzertveranstaltung der besonderen Art freuen. »Kunst und Wissenschaft Hand in Hand« unter dem Motto: »Lebensmut durch Selbstvertrauen«, *live* und mit *Livestream* via Internet. Ein vielfältiges Programm vom Opernhighlight bis zur Liedkunst, vom Tango bis zum Chanson und Musical. Es wird Werke von Piazolla bis Kurt Weill, Puccini bis Rachmaninow, von Sondheim bis Offenbach sowie Klaviersolowerke von Skrjabin und Ravel erleben. Im munteren Wechselspiel mit Gesprächs- und Interviewpartnern aus Medizin und Forschung, Philosophie und Psychologie, Politik- und Gesellschafts- sowie Rechtswissenschaft und Ökonomie. Eine zentrale Frage: Wie wollen wir zukünftig leben? Wir sind schließlich keine Biomaschinen, sondern so viel mehr! Doch welche Möglichkeiten haben wir? Seien wir bereit für einen friedvollen Dialog, bereit, uns offen und ehrlich zuzuhören! Ich möchte einladen »Zum Aufbruch ins miteinander«.

Informationen & Ticketverkauf www.art-meets-science.eu


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ZERSTÖRTE VERSORGUNGSLEITUNGEN

»Ich bin bestürzt darob, wie sich die USA und England in Osteuropa benehmen. Jetzt müsste es Sanktionen gegen die Angloamerikaner geben. Ursula von der Leyen sagte ja gleich, dass es Konsequenzen gegen die Täter geben muss. Ich schätze diese Person nicht, aber das bedeutet ja nun, dass der Handelskrieg zwischen den USA und der EU, der seit mehr als einem Jahrzehnt schwelt, nun Konsequenzen beim Bündnis haben muss. Washington und London haben den Anschlag auf Nord Stream ausgeheckt. (...) Ich war früher Abonnent von Der Freitag und NZZ, jetzt bin ich nur noch bei Euch. Widerstand muss wachsen!«

– Martin Hebestreit, Main-Kinzig-Kreis

SIEG DER KUNSTKRITIK

»Von Anfang an unterstütze ich die freche, neue, aufklärerische Art der allein vom Titel her schon provokanten Wochenzeitung Demokratischer Widerstand. Doch es langt nun! Erst vor ein paar Wochen erschien die Umfrage, ob man Maskenträger verprügeln solle und nun kürzlich der Newsletter zum Berlin Art Weekend in der Musikbrauerei, welcher so mir nichts dir nichts mit der Reichsflagge nach vorn preschte. Bei aller Provokation und Satire muss klar sein: Die Gegenseite wartet auf jede günstige Gelegenheit, um die ganze Demokratiebewegung zu diffamieren – und jetzt liefert Anselm Lenz diesen Leuten es auch noch auf dem Silbertablett. Ganz super!«
– Mario Horstmann, Potsdam
[Anm.: Vom *Mainstream* kam leider keine solche Reaktion; Red.]

ANREGENDE DARSTELLUNG

»Spießertum, geldgeile Anwälte und Konservenschwurbler! In der Demokratiebewegung (...) können die mit dem demokratischen Pädagogium, dass Sie aus Ihrem weit überlegenen Hintergrund heraus vornehmen, vielleicht sogar überwunden werden. Am Ende will man Köpfe. (...) Die Leute kommen ja aus allen Milieus. Es wäre schade, wenn die Bewegung selbst zum Schlafwagen wird. Was mich stört: Wohlfühlkult und Nicht-Kampf-Prinzip. Wir sind nicht alle gleich (...) sage ich als alte DKP-Genossin, die seit 1989 wieder in der SPD ist.«

– Margot Briel, Kopenhagen


WELT AM SONNTAG
Machtfaktor GATES


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND
Nein.
NICHTOHNEUNS.DE

Wochenzeitung WamS vom 18. September 2022 (links) und Wochenzeitung Demokratischer Widerstand #DW2 vom 24. April 2020 im Vergleich. Auflage #DW2: 270.000 echt verteilte Exemplare, danach weiter wachsend. DW im eigenen Betrieb, im eigenen Viertel, in der eigenen Behörde, im eigenen Laden oder Praxis verteilen? Es ist ganz einfach! Siehe demokratischerwiderstand.de. DW im Einzelabonnement zugeschickt bekommen? Siehe Seite 15.

AUF DEM SCHIRM
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand



Rock'n'Roll, Hollywood und Apple-Design reichen nicht mehr als Ablenkung. Schild auf einer Demonstration, Berlin 1. Mai 2022. Foto: Georgi Belickin

USA sanktionieren nicht mit

Auf Druck aus Übersee verhängt EU selbstmörderische Handelsbarrieren. | DW-WIRTSCHAFT *mit Hermann Ploppa*

Ein altes römisches Sprichwort sagt: »Was dem Gott Jupiter erlaubt ist, ist dem Rind noch lange nicht erlaubt.« Und wenn die einzige selbsterklärte Supermacht USA ihren europäischen »Partnern« ein knallhartes Herunterfahren des Handels mit China und Russland befiehlt, so fühlen sich andererseits die Vereinigten Staaten in keiner Weise zu solchen Akten der »Solidarität« für die Ukraine verpflichtet.

Im Gegenteil. Im Jahre 2018 erreichte das Handelsvolumen der USA mit China, also die Gesamtheit aller Export- und Importaktivitäten beider Länder miteinander, eine Bestmarke von 659,8 Milliarden US-Dollar. Dann kam Präsident Donald Trump, der meinte, er müsse all die nach China ausgeführte Industrieproduktion in die USA zurückholen. Was natürlich in keiner Weise machbar ist.

HABECK MIT NIBELUNGENTREUE

Tatsächlich schrumpfte der Chinahandel unter Trump in den folgenden Jahren. Eine richtige Delle gab es dann im Corona-Jahr 2020. Doch schon 2021 schoss das Handelsvolumen wieder auf stolze 657,4 Milliarden US Dollar. Die chinesischen Behörden registrierten sogar ein Volumen von 755,6 Milliarden Dollar für 2021. Und für das erste Quartal 2022 verzeichneten die chinesischen Behörden bereits eine Zunahme des Handelsvolumens um 28,7 Prozent gegenüber dem ersten Quartal des Jahres 2021.

Insgesamt hatte China für 2021 ein Rekordergebnis bei seinen Exporten von sechs Billionen US-Dollar registriert. Und nach wie vor importieren die USA wesentlich mehr aus China als sie dorthin ausführen. 2021 wiesen die USA gegenüber China ein Handelsdefizit in Höhe von 234,493 Milliarden Dollar auf.

Währenddessen beeilt sich Wirtschaftsminister Robert Habeck, den Handel mit China möglichst schnell und schmerzhaft herunterzufahren – vermeintlich in unverbrüchlicher Nibelungentreue zu unserer »Schutzmacht« USA. China ist für Deutschland der mit Abstand wichtigste Handelspartner mit einem Handelsvolumen von 245,97 Milliarden Euro im Jahre 2021 – das ist ein Drittel des amerikanisch-chinesischen Handelsvolumens!

Der Import von chinesischen Produkten ist für die deutsche Wirtschaft essentiell und kaum aus anderen Ländern zu beziehen. Und die deutschen Direktinvestitionen von unter anderem VW oder BASF in China betragen allein im ersten Halbjahr 2022 stolze zehn Milliarden Euro. Was eine vollkommen blindwütige Kappung der essentiellen Handelsstränge im Hauruckverfahren für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung bedeuten kann, lässt sich im kleineren Maßstab schon jetzt in den zerrütteten Beziehungen zu Russland ermessen.

USA WOLLEN IHR ZEUG TEUER LOSWERDEN

Bereits jetzt sitzen auch Mitbürger aus dem Mittelstand mit dicken Jacken im Wohnzimmer, weil sie sich das Heizen nicht länger leisten können. Während allerdings, das sei mal am Rande erwähnt, historische Bauwerke nicht länger nachts angeleuchtet werden aus Energieersparnisgründen, verbraten mächtige Konzerne in ihren deutschen Wolkenkratzern jede Menge Energie für gleißendes Reklamelicht.

Das Thema Russland können die USA vergleichsweise entspannt sehen. Russland spielt als Handelspartner der Amerikaner nur eine sehr untergeordnete Rolle. Und das Hauptexportgut Russlands, nämlich Energie, pressen die Amerikaner mithilfe von *Fracking* aus ihrem eigenen Boden. Die Umwelt der USA wird damit wie eine ausgemergelte Zitrone gerade noch einmal ausgepresst mithilfe extrem giftiger Substanzen. Und im kanadischen Bundesstaat Alberta wird die Landschaft in ein Giga-Bitterfeld verwandelt. Der Chemiestandort Bitterfeld wurde zum Gleichnis für Umweltgifte.

Kanada: Der Sand wird ausgepresst nach Teer, aus dem sodann extrem aufwendig Öl raffiniert wird, das in langen *Pipelines* in den Süden der USA verpresst wird. Auf diese Weise sind die USA bis zum Jahre 2040 nicht nur energieautark. Nein, sie wollen mit diesem giftigen Zeug auch noch Deutschland beliefern. Das ist der tiefere Sinn der vorgeblich moralisch motivierten Sanktionszwänge gegen Deutschland im Handel mit Russland. Es geht einzig und allein darum, der unrentabel arbeitenden US-amerikanischen Ölwirtschaft künstlich neue Märkte zuzuführen. Dass man sich dabei auch nicht scheut, kriminelle Praktiken einzusetzen, das zeigte sich vor kurzem, als Sabotageakte gegen beide Nord-Stream-*Pipelines* verübt wurden.

Schon seit der Krim-Krise im Jahre 2014 wird der Marktanteil russischer Gasexporte nach Europa aus vorgeblich politischen Gründen zugunsten der angloamerikanischen Öl- und Gaskartelle konsequent heruntergefahren. Nach Angaben der EU-Behörde Eurostat ist der Anteil russischen Öls am Energieverbrauch in Polen seit dem Jahre 2013 bis heute von 80 auf 58 Prozent heruntergefahren worden. Im gleichen Zeitraum in der Tschechei von 44 auf 28 Prozent. Die Slowakei ist Klassenletzter mit einer Reduzierung russischen Öls in jener Zeitspanne von 87 auf immer noch 78 Prozent.

Nun machte sich gerade der ungarische Regierungschef Viktor Orbán bei den Eurokraten massiv unbeliebt, weil er auf EU-Ebene durchgesetzt hat, dass bis zum Jahresende nur russisches Öl sanktioniert wird, das auf Schiffen zu uns kommt. Während russisches *Pipeline*-Öl bis Jahresende weiter nach Europa fließen darf. Wirtschaftsminister Habeck fand Orbáns Extrawürste schlicht und ergreifend »ruchlos« und macht den ungarischen Premierminister verantwortlich für das »Gewürge« um die europaweite Verabschiedung des sechsten »Sanktionspaketes« gegen Russland.

»CHIMERICA« WILL EUROPA OPFERN

Dabei gibt die Pressestelle des ehemaligen George-Soros-Schülers Orbán stolz bekannt, dass Ungarn Musterschüler in der De-Russifizierung ihrer ruchlosen Ölimporte sei: Ungarn hat nämlich den Anteil russischen »bösen« Öls seit dem Jahr 2013 bis heute von 80 auf 34 Prozent gesenkt!

Und während wir uns ehrenhaft und tapfer von übelriechenden russischen und chinesischen Anhaftungen befreien, stellte die US-amerikanische Handelsbeauftragte Katherine Tai klar, dass die Amerikaner ihre Beziehungen mit China neu ausrichten wollen – Kooperation statt »Scheidung«. Und so wurden bereits im März 2022 immerhin 352 abgelaufene Ausnahmeregelungen im Sanktionsregime gegen China als Teil der Zollordnung »Section 301« wieder in Kraft gesetzt.

Das US-amerikanische Sanktionsregime ist somit löchrig wie ein Schweizer Käse – wobei man den Käse vor lauter Löchern kaum noch sieht. Schauen wir uns einmal kurz an, welche Güter laut EU-Vorgaben aus Russland nicht mehr geliefert werden dürfen. Es handelt sich um: Rohöl, raffinierte Erdölerzeugnisse, Kohle, Gold, Stahl, Eisen, Holz, sowie Kaviar und Wodka. Weißrussische und russische Lastwagen haben Einreiseverbot in die EU-Zone. Ebenso Flugzeuge und Schiffe aus Russland. Ausgenommen sind in besonderen Fällen Energierohstoffe und auf jeden Fall Rohstoffe für deutsche Atomkraftwerke.

Demgegenüber dürfen die Amerikaner keine Technologie zur Ölförderung und Ölraffinierung an Russland verkaufen. LNG-Gas und Energierohstoffe dürfen nicht in die USA aus Russland exportiert werden. Geschenkt. Das haben die Amerikaner ja selber in Hülle und Fülle. Und während deutsche Unternehmen aufgrund der extrem teuren Energie um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit bangen, werden sie gerade jetzt von Abgesandten US-amerikanischer Bundesstaaten wie Oklahoma oder Alabama umworben. Energiekosten sind bei ihnen zu Hause kein Thema – so versprechen die Abwerbe-Agenten aus den Staaten ihren Gesprächspartnern von BMW oder VW.

So beginnen die Flaggschiffe der deutschen Industrie, sukzessive ihre Zelte in Deutschland abzubauen und in die USA auszuwandern. Unser Geld ist schon dort. Denn selbstverständlich zieht die US-amerikanische Zentralbank FED mit ihren fetten Zinsen von über drei Prozent das Geld aus allen Ecken dieser Welt an wie ein Magnet. Schwellenstaaten werden bei dieser geboosterten Zinspolitik in die Knie gehen. Und damit auch die potentiellen Wirtschaftspartner Deutschlands.

Massenverarmung in Osteuropa

Studie legt Folgen des Ukrainekrieges dar: Inflationsrate steigt, höchste Armutsgefährdung in der BRD

Die Volkswirtschaften in Osteuropa sind durch die Sanktionen gegen Russland und durch die Zerstörungen in der Ukraine stärker von Wohlstandsverlusten betroffen als Westeuropa. Doch auch auf Länder wie Griechenland oder Spanien und sogar Deutschland kommen schwere Zeiten zu.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) wurde im Jahre 1958 auf Veranlassung des damaligen französischen Präsidenten Charles de Gaulle gegründet. Sie ist selber nicht integraler Bestandteil des Netzwerks der Europäischen Union. Als unabhängiges Geldinstitut soll die EIB Gelder einsetzen, um den Wirtschaftsraum der EU zu harmonisieren und allzu krasse Ungleichheiten innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums abzumildern. Mit einem Etat von 242 Milliarden Euro kann die EIB da schon einiges bewegen.

Wenn die Europäische Investitionsbank also jetzt eine Prognose für die nächsten Monate und Jahre macht, hat das Gewicht. Die aktuelle Studie Ukraine Economic Shock (ukrainischer Wirtschaftsschock) stellt fest, dass die schwache wirtschaftliche Erholung, die sich gerade nach dem Abschwellen der Coronakampagne eingestellt hatte, ein rasches Ende gefunden hat durch den Ukraine-Krieg. Allerdings ist das schon ein Flüstern in der Dunkelheit, wenn die EIB für die nächsten zwölf Monate noch immer ein Wachstum von drei Prozent für möglich hält. Es könnte in einer solchen ersichtlich viel zu optimistischen Prognose ein Stück Psychologie stecken: Panik vermeiden. Die erschreckend hohe Zahl von sieben Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine ist allerdings ein Faktor, der auch wirtschaftlich zu Verwerfungen führen wird.

VERDOPPELUNG DER ENERGIEKOSTEN

Die Studie stellt fest, dass – erwartungsgemäß – die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vom Ukrainekrieg besonders betroffen sein werden. Die Energiekosten haben sich für sie verdoppelt. Aufgrund der geschmälerten Kaufkraft der Kunden und der geringen Marktmacht der KMUs können die Kostensteigerungen nicht an die Kundschaft weitergereicht werden durch Preiserhöhungen. Auf diese Weise können weder Rücklagen gebildet noch notwendige Investitionen getätigt werden. Wer zudem in Russland oder der Ukraine investiert hat, muss jetzt Verluste abschreiben.



Armut grassiert auch massiv zunehmend in der BRD. Demonstration in Hattingen, 25. September. Foto: Georgi Belickin

Der Prozentsatz der KMUs im EU-Raum, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können, steigt von zehn auf siebzehn Prozent an. Dabei sind Unternehmen in den Bereichen Transport, Chemie, Pharmazie, Nahrung und Agrarwirtschaft besonders betroffen. Regional gesehen besonders hart trifft es Unternehmen in Ländern der Nachbarschaft zur Ukraine, sowie Griechenland und Spanien. Zudem sind energieintensive Branchen in Litauen, Griechenland oder Kroatien betroffen. Insgesamt ist im EU-Raum der Anteil Energie-intensiver Industrie im letzten Jahrzehnt bereits stark rückläufig gewesen. Aber allein zehn Staaten in der EU beziehen mehr als die Hälfte ihrer Energieimporte aus Russland. Diese Staaten sind jetzt massiv unter Druck geraten.

Demgegenüber ist die Situation der Banken in Europa konsolidiert. Viele Banken wie zum Beispiel Raiffeisen haben sich rechtzeitig aus Russland zurückgezogen. Banken aus dem EU-Raum haben insgesamt noch etwa 76 Milliarden Euro an Krediten in Russland abgelegt. Elf Milliarden Euro liegen noch in der Ukraine. Wobei besonders französische, österreichische und italienische Banken in Russland engagiert sind. Und französische, österreichische und ungarische Banken haben ihr Geld in der Ukraine angelegt. Doch das kann das Bankengefüge in Europa nicht existentiell gefährden, denn es sind genug Rücklagen gebildet worden. Eher besteht die Gefahr, dass durch die Inflation und die Zinserhöhungen benötigtes Kapital für eine Wirtschaftsankurbelung nicht bereitgestellt wird.

ARMUTSBEKÄMPFUNG IN EUROPA?

Beunruhigend ist dagegen die Gefährdung der Privathaushalte. Der Krieg hat die sowieso schon hohe Inflationsrate um weitere zwei bis zweieinhalb Prozentpunkte angehoben. Diese Preisanstiege werden ärmere Haushalte überdurchschnittlich hart treffen. Wer keine Rücklagen bilden konnte, fällt unvermittelt in die Armut. Rücklagen von Privathaushalten finden sich eher in den nord- und westeuropäischen Ländern. Zentral- und Südosteuropa sind am massivsten von Verarmung bedroht.

Die Zahlen der EIB sind erschreckend. In Rumänien sind 35 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht, ebenso im Nachbarland Bulgarien. Griechenland, Spanien und die drei baltischen Länder sind massiv betroffen mit Marken immer noch über zwanzig Prozent der Bevölkerung. Und mittendrin, im oberen Drittel der Länder mit der höchsten Armutsgefährung: Die Bundesrepublik Deutschland mit einem Bevölkerungsanteil von 22,4 Prozent! Am wenigsten gefährdet ist ausgerechnet die Bevölkerung in Tschechien mit »nur« 11,27 Prozent. Es ist also höchste Zeit für ein europaweites Armutsbekämpfungsprogramm. (Hermann Ploppa)



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

RESET IN DEN KÖPFEN!

Zweiundvierzig Prozent der deutschen Unternehmer treffen mittlerweile die klare Aussage, dass ihre wirtschaftliche Existenz durch die Lage auf dem Energiemarkt bedroht sei. Verfolgt man parallel dazu die Debatten im deutschen Bundestag zum Thema Entlastungspakete, dann kommt einem das kalte Grausen. Es ist eine Umverteilung, von wirklicher Entlastung keine Spur. Die fehlenden Bildungsabschlüsse unserer Politiker gepaart mit fehlender Berufserfahrung zeigen ihre volle Wirkung.

Zur Bekämpfung der Inflation haben sich die Notenbanken mittlerweile auf das Thema Zinserhöhung eingeschworen. Schweden ein Prozent, Großbritannien ein halbes Prozent, Norwegen ein viertel Prozent. Das wird noch nicht das Ende sein, die Zinsen werden bleiben, von Wirtschaftswachstum wird eh erst mal niemand mehr reden wollen. Es ist eigentlich immer der Mittelstand, der betroffen ist. Die steigenden Zinsen bedrohen europaweit die Existenz der Unternehmen. Weltweit gibt es immer mehr Zombieunternehmen, die drei Jahre in Folge nicht in der Lage sind, mit ihrem operativen Ergebnis die laufenden Zinsverbindlichkeiten zu decken und insofern über kein funktionierendes Geschäftsmodell verfügen.

WARUM NUR SPORADISCH AUF DER STRASSE?

Die deutsche Industrieproduktion ist am Sinken, um rund zwei Prozent in den zurückliegenden acht Monaten. Branchen mit einer hohen Abhängigkeit vom Erdgas beklagen teilweise bis zu zehn Prozent. Die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange. Die Frage ist hier, haben sich die deutschen Unternehmer schon damit abgefunden oder warum finden wir sie nicht oder nur sporadisch auf der Straße?

Zu Recht werden die Rufe nach einem Rücktritt Robert Habecks lauter. Herr Söder in bewährter Manier bezeichnet ihn als überfordert und unfähig. Hier ist Vorsicht angesagt, gerade weil es aus dem Munde des bayerischen Ministerpräsidenten kommt. Robert Habeck ist ein WEF-Zögling, er ist kein Versager, er ist ein vorsätzlich handelnder Erfüllungsgehilfe der transnationalen Elitenfaschisten. Das, ihr lieben Mittelständler, sollte ihr recherchieren und verinnerlichen. Und euch dann endlich auf die Straße begeben, denn nach der Insolvenz ist es dafür zu spät. Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

MELDUNG

EU-MENSCHENRECHTSPREIS WIRD NICHT ABGESTIMMT

Straßburg/DW. Seit 1988 verleiht das Scheinparlament der EU den Sacharow-Menschenrechtspreis. Aktuell sind unter anderem der für auch den Friedensnobelpreis nominierte Journalist Julian Assange sowie der ukrainische Regent Wladimir Selensky nominiert worden. Die italienische Abgeordnete Sabrina Pignedoli von der Fünf-Sterne-Bewegung teilte mit, sie habe Assange als Kandidaten für den EU-Menschenrechtspreis nominiert.

Pgnedoli erklärte: »Julian Assange ist in erster Linie ein Symbol: Ein Symbol für das Recht der Bürger, die Wahrheit zu erfahren. Sein Fall und seine Inhaftierung sind ein Beispiel dafür, wie die Macht versucht, diejenigen zu bestrafen, die sich nicht den vorgefertigten Wahrheiten anpassen. Wikileaks hat mit den führenden Zeitungen der Welt zusammengearbeitet. Assange hätte die Geheimnisse, in deren Besitz er gekommen ist, verkaufen können und hat das im Namen der Pressefreiheit nicht getan. Deshalb ist er ein Bollwerk der Meinungsfreiheit und des Schutzes der Menschenrechte.« Da die Vergabe des Parlamentspreises von Kommissionen entschieden wird, ist davon auszugehen, dass Selensky den Preis zugesprochen bekommt, jedenfalls nicht Assange. (ale)

DEMOKRATIEBEWEGUNG MIT INTERNATIONALEN DEMOS

Hannover/DW. Am 16. September demonstrierten Bäcker und Konditoren gegen absurde Energiepreisrechnungen vor dem Hannoveraner Rathaus. Berichtet wurde, dass einige Bäcker Erdgasrechnungen des Eon-Konzerns in Höhe von rund 330.000 Euro erhalten haben, wo zuvor rund 5.000 Euro die Regel gewesen waren. +++ Wien/DW. In der österreichischen Hauptstadt Wien demonstrierten am 17. September unter Beteiligung der Gewerkschaften des ÖGBs Zehntausende gegen Inflation, Wirtschaftskrieg, Grundrechtszerstörung, Kriestreiberei und Nato. Der ÖGB versucht wie der deutsche DGB, die Corona-Lüge und den Spritzengenozid zu verschleiern, stellt sich aber im Unterschied zu den deutschen Funktionären auf die Seite der 99 Prozent (vgl. demokratischegewerkschaft.de). +++ Stuttgart-Stammheim/DW. Am 17. September fanden sich Aktivisten und Hunderte Demonstranten zu einem Spaziergang um das Gefängnis Stuttgart-Stammheim zusammen, wo der Bürgerrechtler und Volksheld Michael Ballweg seit Ende Juni 2022 illegal vom BRD-Regime in Haft gehalten wird. Die Spaziergänger umrundeten den Trakt, sangen und pfiffen für Ballweg. +++ (ale)

ANGRIFF AUF HELLAS' AKADEMIKER

Thessaloniki/DW. Das Corona-Nato-Regime ließ am 16. September die Universität von Thessaloniki mit Inlandsmilizen angreifen. Vorausgegangen waren tagelange Demonstrationen unter anderem in Athen gegen die Einrichtung einer Universitätspolizei und die Corona-Lüge sowie für die freie Wissenschaft. Griechenland gilt als »Wiege« akademischen Geistes seit der Frühantike. Ab dem September 2022 demonstrierten in griechischen Universitätsstädten Akademiker massiv gegen die Einführung der Campus-Wachen und für die freie Wissenschaft – auch in Sachen 9/11 sowie der Corona-Lüge. Die Unabhängigkeit der Akademien von repressiver Staatsgewalt war eine der Errungenschaften der demokratischen Revolution gegen das militärische Obristen-Regime im Jahr 1974. (ale)

USA zerstörten Versorgungsleitungen in der Ostsee

Neues von der Ostfront
Von Anselm Lenz

Snowden wird Russe. Dänemark meldet zwei große Explosionen im Meer. Aus Lubmin wird ein Druckabfall gemeldet. Auf See bilden sich gigantische Wirbel an der Wasseroberfläche. Rohstoffe im Wert von zwei Milliarden Euro strömen massenhaft in die Ostsee bei Bornholm. Die Versorgungsleitungen auf dem Meeresgrund sind Leck geschlagen, heißt es. Dann stellt sich heraus: Es ist ein Anschlag: Die USA haben am Montag die Versorgungsleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 mit Sprengsätzen zerstört.

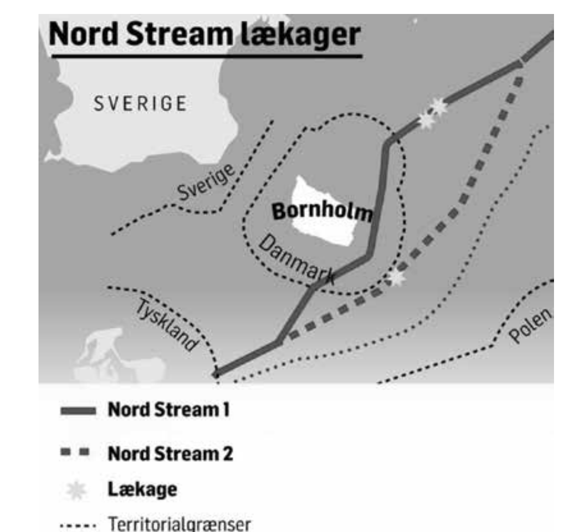
Bereits am 22. Februar 2022 hatte es der unter dubiosen Umständen inaugurierte US-Präsident Joseph Biden angekündigt: Der Washingtoner »Tiefe Staat« wird die Versorgungsleitungen in der Ostsee sabotieren. Für den 2. September 2022 hatten russische Nachrichtenagenturen bereits ein Manöver mit US-Militärhubschraubern über der Ostsee gemeldet, bei der auch Unterwasserdrohnen mit Sprengsätzen eine Rolle spielten.

Am 26. September 2022 nun war es soweit. Die US-Spezialtorpedos zerstörten am Nachmittag und in der Nacht von Montag auf Dienstag die Versorgungsleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in der Ostsee nahe der dänischen Urlaubsinsel Bornholm. Aus den Lecks strömt seither Massenhaft Erdgas ins Meer und bildet auf der Wasseroberfläche sehr große Wirbel.

Die Kosten für die entweichenden Rohstoffe werden bereits am Tag danach auf zwei Milliarden Euro beziffert. Die Umweltschäden sind völlig unabsehbar. Zur Stunde strömt das unaufbereitete Erdgas weiterhin ins Meer unweit der dänischen Ostseeküste. Es ist unklar, wie das Ausströmen des Erdgases ins Meer gestoppt werden soll. Erdgas lässt sich nicht abschalten wie Elektrizität.

KRIEGERISCHER AKT GEGEN EUROPA

Der Anschlag der USA auf die Versorgungsleitungen muss als offen kriegerischer Akt gegen Europa bewertet werden. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, auch wenn die Leitungen auf Druck aus Washington zuletzt in der deutschen Küste abgedreht worden waren. Die Versorgungsleitung Nord Stream 1 verlief aus der russischen Stadt Wyborg durch die Ostsee nach Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Nord Stream 2 verlief von Ust-Luga ebenfalls nach Lubmin.



Grafische Darstellung aus Dänemark der Lage der Brüche in der Ostsee vor der dänischen Insel Bornholm. Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass ein viertes Leck an Nord Stream 2 in unmittelbarer Nähe des ersten gefunden wurde. Ein polnischer Ex-Minister veröffentlichte auf Twitter ein Foto der Unglücksorte mit den Worten: »Thank you, USA« (Danke, USA).



Aufnahme der Stelle des entweichenden Erdgases bei einem Hubschrauberüberflug am Dienstag. Foto: Ruptly

Die Leitungen müssen einstweilen als völlig zerstört gelten. Es ist derzeit unwahrscheinlich, dass die *Pipelines* vor dem kommenden Winter unter Wasser repariert oder umgeleitet werden können. Damit ist das Frieren in den eigenen Wänden in Europa und die Zerstörung der deutschen Indsustrie klar als Washingtoner Programm erkennbar. Passend wurde kurz vor dem Anschlag in der Ostee am Montag übrigens ein neues Erdgasprojekt verkündet. Die Leitungen der »Baltic Pipe« sollen auf umständlichen Wegen von Norwegen nach Polen verlegt werden. Der Termin der Inbetriebnahme ist völlig unklar.

Seit Jahren stören sich amerikanische Oligarchen des »Tiefen Staates« an den Erdgasleitungen. Bereits unter US-Präsident Donald Trump wurde die Handelsbeziehung Festlandeuropas mit Russland massiv moniert. Die USA gelten als de facto Bankrott. Jahrzehntelang hatten sich die amerikanische Wirtschaft, Staat und Konsumenten insbesondere in China verschuldet und gigantische Handelsdefizite aufgetürmt, so dass bereits von einem »Chimerica« die Rede war, einer Verschmelzung der USA mit der Wirtschaft Chinas durch die unaufholbare Verschuldung des Ersteren bei Zweiterer.

Trump versuchte zuletzt, die völlig verlorene Konkurrenzfähigkeit der USA durch Handelsbeschränkungen und Rückholung der abgewanderten Industrien zurückzugewinnen. Ein fast unmögliches Unterfangen, das schließlich mit der Ausrufung des Corona-Regimes in Folge des Einbruch der Repo-Märkte, dem faktischen Platzen der größten US-Finanzblase der Weltgeschichte und einer sehr wahrscheinlichen Wahlfälschung durch den »Tiefen Staat« und der Inauguration Joseph Bidens am 6. Januar 2021 beendet wurde. Das Washingtoner Regime will und muss sein dreckiges *Fracking*gas zu sehr hohen Preisen absetzen, um den Bankrott hinauszuzögern. Der Hebel dafür ist wie bei allen Kolonial- und Ausplünderungskriegen das Militär.

Die Kriegserklärung an die Weltgemeinschaft durch den mafiahaften bis neofaschistischen »Tiefen Staat« Washingtons aus Oligarchen, Propaganda-Agenturen und Geheimdiensten mit irregulären Kombattanten hat sich nun ein zweites Mal in vergleichsweise kurzer Folge zu erkennen gegeben. Bereits ab März 2020 zeigte sich die Terrorherrschaft in ihrer ganzen Grausamkeit mit der Einsetzung der Corona-Lüge als neues Unterdrückungs- und koloniales Ausplünderungsmittel gegen die von den USA de jure oder de facto besetzten Länder der Welt. Darunter die völlig erniedrigte BRD und fast alle weiteren Nato-Länder wie vormals verniedlichend »Alliierte« genannten Länder sowie die darin lebenden Individuen – vormals genannt: Völker.

Der Absturz der ungedeckten US-Währung plus der größten Verwertungskrise seit 1929 wurde mit der größten Lüge der Weltgeschichte überlagert. Mit dem Corona-Regime wurden die Gesellschaften quasi abgepegelt und neue totalitäre Unterdrückungs- und Überwachungsmethoden errichtet. Um Umweltschutz oder gar Gesundheitsschutz im eigentlichen Sinne ging es dabei zu zu keinem Zeitpunkt. Die Losung »Bleiben Sie gesund« war von Beginn an das Raunen eines gealterten, aber nicht minder skrupellos gewordenen Mafia-Paten.

INSOLVENZVERSCHLEPPUNG DES KAPITALISMUS

Mit dem größten Finanztrick der Weltgeschichte sollen die US-Schulden und weitere Ungleichgewichte durch Washington und dessen Depandancen in London und dem Nato-Hauptquartier Brüssel aufgehäuften Ungleichgewichte mit der Einführung einer digitalen Währung und das faktische »Chippen« der Weltbevölkerung aufgefangen werden – getarnt als »Impfung«. Die Substanzen sind teils hochgiftig, wie DW-Redakteur, Aufklärungsprofi und Diplombiologe Markus Fiedler in dieser Ausgabe der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW) mit neuen Fakten darlegen wird.

Zurück in die Ostsee: Die Sprengung der Versorgungsleitungen vom Montag folgte mit dem zeitlichen Abstand weniger Stunden auf die Einbürgerung des weltweit anerkannten US-*Whistleblowers* Edward Snowden. Der US-Amerikaner Snowden hatte vor neun Jahren bereits totalitäre US-Überwachungsmethoden sowie Kriegsverbrechen und Kriegspläne aufgedeckt. Der CIA-Mitarbeiter fand auf seiner Flucht vor dem US- und Nato-Unterdrückungsapparat nur in Russland Asyl. In den USA würde ihm die Todesstrafe drohen. 2016 wurde er für den Friedensnobelpreis nominiert.

Die Einbürgerung Snowdens verhindert nach russischem Recht dessen Auslieferung in die USA. Nach der Einbürgerung Edward Snowdens nach Russland am Montag erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums umgehend, dass er den weltberühmten und außerhalb des US-Herrschaftsapparates anerkannten *Whistleblower* weiterhin für einen US-Staatsbürger halte. Zlange zuvor hatten US-Entitäten die US-Staatsbürgerschaft Snowdens für aberkannt erklärt, was indes Menschenrecht und weiteren gültigen internationalen Rechtsnormen widerspricht. Menschen dürfen demnach nicht Staatenlos gemacht werden.

»Our position has not changed: Mr. Snowden must return to the United States to stand trial, just like any other US citizen« so der Sprecher des State Departments Ned Price. »Unsere Position hat sich nicht verändert: Herr Snowden muss in die USA zurückkehren und vor Gericht gestellt werden wie jeder andere US-Bürger.«

Des Weiteren endeten am Montag, 26. September 2022 die Volksentscheide in den von Kiew abtrünnigen Regionen Donjetsk, Lugansk, Cherson und Saporischje. Mit gemeldeten Wahlbeteiligungen von um die 90 Prozent und Wahlergebnissen von rund 80 Prozent bis 98 Prozent ist der Beitritt der Regionen zur Russischen Föderation damit beschlossen. Noch am heutigen Mittwoch könnte die Duma, das russsische Parlament, den formalen Anschluss der Regionen an Russland beschließen.

Die Entwicklungen haben mit den Ereignissen vom Wochenbeginn nochmals an Fahrt aufgenommen. Weitere Eskalationen stehen im Raum. Es können alle denk- und handlungsfähigen Menschen aus Politik, Kirchen, Journalismus, Staatsapparat und Zivilgesellschaft nur dazu aufgerufen werden, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die zentralen Konfliktparteien Washington und Moskau zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen zu zwingen.

Die wunderschöne ruhige Ostsee, andernorts auch genannt das Baltische Meer, das in vielen kleinen und großen Sprachen besungen wird, in dem Wechsel von Ebbe und Flut so angenehm milde ausfallen, ist mit dem Anschlag auf die Versorgungsleitungen am Meeresgrund nun leider mit im Fokus des Weltenbrandes. Der 26. September 2022 ist mit den berichteten Ereignissen ein Datum, das in die Geschichte eingeht. Leider nicht im Guten.

Dieser Text als Podcast auf apolut.net



KOLUMNE FREUND UND HELFER
Von Polizisten für Aufklärung

»VOLKSFEIND«, »VOLKSSCHÄDLING« ODER »BLINDDARMFORTSATZ«

Eine Demokratie ist nicht selbstverständlich. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, wie vergleichbar kurz die Zeitspanne ist, in welcher wir in einer Demokratie leben. 1871 bis 1918 die Zeit des Deutschen Kaiserreichs, dann die kurze Zeit der Weimarer Republik, bis 1945 die Zeit des Terrors der Nationalsozialisten, die Teilung Deutschlands in Ost und West. 1990 dann die deutsche Wiedervereinigung. Und dies ist nur ein Blick zurück in die deutsche Geschichte bis 1871.

Ein Blick in die Welt offenbart das Folgende: 54 Prozent aller Staaten dieser Erde gelten als eingeschränkt frei oder unfrei. In Summe sind dies 95 Staaten auf der Erde. Nur 46 Prozent gelten als frei. Diese Aussage stammt von der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Washingtoner *Freedom House*. Die Aussage ist bereits etwas älter. 2012 und 2013 wurden diese Ergebnisse visualisiert und der Öffentlichkeit präsentiert. Leider hat sich aber seit 2012 und 2013 nicht viel zum Positiven geändert. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Natürlich muss man solche Daten und Erhebungen immer mit Vorsicht nutzen und sich immer bewusst sein, dass viele dieser Daten durch eine eurozentrische Brille »erhoben« werden. Dennoch wird die grundsätzliche Ist-Situation klar. Demokratische Strukturen und Regierungssysteme sind im weltweiten Vergleich nicht die Regel. Aber auch in Demokratien existieren mannigfaltige Herausforderungen. Die wahre Demokratie ist ein Idealzustand, welchen wir vermutlich niemals zu 100 Prozent erreichen werden. Dennoch lohnt sich der demokratische Einsatz, denn die Demokratie ist zwar die schwierigste gleichzeitig aber auch die beste Staatsform, welche wir kennen. Wissen um die Vergangenheit schärft das Bewusstsein für die Gegenwart oder anders ausgedrückt: Wer nichts aus der Vergangenheit für die Gegenwart lernt, verspielt die Zukunft. Demokratische Strukturen werden jeden Tag angegriffen, von außen und von Innen. Die Demokratie muss jeden Tag verteidigt und neu »erkämpft« werden. Demokratie braucht den mündigen und kritischen Bürger. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Mir geht es primär nicht um Corona, mir geht es nicht um den Impfstatus, mir geht es nicht um den Ukrainekrieg. Mir geht es um den gesellschaftlichen Umgang miteinander.

Wie geht eine Gesellschaft mit Andersdenkenden und vermeintlichen Minderheiten um? Ausgrenzung und Diskriminierung entsteht auch über Sprache. Gedanken werden zu Worten und Worte werden zu Taten. Wie wollen wir in der Zukunft als Gesellschaft miteinander leben? Gehen wir aus den letzten 2,5 Jahren als Gesellschaft gestärkt hervor? Haben wir die Kraft, Fehler aufzuarbeiten, Brücken zu bauen und anderen Menschen zu verzeihen?

Wir brauchen dringend eine gesellschaftliche Aufarbeitung der letzten Jahre. Natürlich auch rechtlich, aber vor allem aus soziologischer Sicht. Das Schlimmste was uns allen passieren kann, ist das morgen alles vorbei ist und wir wieder zum Regelbetrieb übergehen, ohne eine gemeinsame Aufarbeitung, ohne das Öffnen von Debattenräumen, ohne einen gesellschaftlichen Diskurs.

Es ist in den letzten Jahren viel gesagt worden, auch schon vor Corona. Viele Äußerungen waren nicht nur strafrechtlich relevant, sondern vor allem einer Demokratie unwürdig. Der öffentliche Aufschrei der Mehrheitsgesellschaft blieb leider aus. Ich bin enttäuscht von vielen vermeintlichen Demokraten, Intellektuellen und Humanisten, ich bin enttäuscht vom mündigen und kritischen Bürger. Es kamen sprachliche Mechanismen zur Anwendung, ob bewusst oder unbewusst, ob aus Angst oder Unwissenheit, welche wir seit langem hätten überwinden müssen. Ich dachte, dass wir diese Mechanismen überwunden hätten. Unsere Demokratie, unsere moralischen Wertvorstellungen und unsere Werte scheinen aus einer dünnen Schicht der Zivilisation zu bestehen.

In den letzten Jahren siegte sprachlich oft der Hang zum Totalitarismus. Worte wie »Volksfeind«, »Volksschädling« oder »Blinddarmfortsatz«, Äußerungen wie sinngemäß »kann man ja nicht nach Madagaskar verfrachten« oder in einem anderen Kontext »der *Genpool* unseres Volkes ist gesichert«, stammen nicht aus dieser Zeit und sind einer Demokratie und einem Rechtsstaat unwürdig. Natürlich ist mir bewusst, dass wir aktuell viele Herausforderungen in Bezug auf unsere demokratischen Strukturen und unseren Rechtsstaat haben. Wir müssen anfangen an den Ursachen für Ausgrenzung und Diskriminierung zu arbeiten, nicht an den Symptomen. Wir müssen anfangen, Toleranz als Wert zu leben, dabei die Psychologie der Werte beachten und Toleranz nicht nur als Schlagwort zu benutzen. Wir dürfen Solidarität nicht rein als Kampfbegriff verwenden. Wir müssen wieder mehr aufeinander zugehen.

Seit über 70 Jahren haben wir ein Grundgesetz im Verfassungsrang. Lasst uns wieder gemeinsam unsere Grundwerte mit Leben füllen, totalitäre Mechanismen und Strukturen friedlich bekämpfen und einander die Hände reichen. Überlassen wir Extremisten und Verfassungsfeinden, egal ob von innen oder von außen, nicht das Feld. Seid ihr dazu bereit? Dieser Weg wird schwierig sein, er wird viel Kraft kosten und es wird Rückschläge geben. Meiner Meinung nach ist dieser Weg aber die einzige Möglichkeit, aus den letzten Jahren als Gesellschaft gestärkt hervorzugehen und wieder als Gesellschaft miteinander leben zu können, ohne Ausgrenzung und ohne Diskriminierung Andersdenkender und mit einer wirklichen Meinungsfreiheit im Sinne des Schutzbereichs von Artikel 5 Absatz 1 GG (Seite 16). Ich begebe mich gerne mite euch gemeinsam auf diesen Weg. Lasst uns gemeinsam auf die Zukunft und die nächsten Herausforderungen vorbereiten. Aufgeben ist keine Option. Vergesst bei unserer gemeinsamen Reise aber bitte niemals: Die Würde des Menschen ist unantastbar, der Mensch ist *Subjekt*, nicht *Objekt* staatlichen Handelns. (Lars Oberndorf)

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de*

Wer bestimmt denn, ob ich »rechts« oder »links« bin? »Rechts rer« verunglimpfen? Dann wäre ich schon lange »rechts«. Es i standes damit »rechter« ist als alles, was beispielsweise im Par

EIN INT

Am 1. September 2022 schrieb mir der Kollege Dominik Lenze von der im völligen Niedergang befindlichen Wochenzeitung *Die Zeit* und deren Blog im Internet seine Interviewanfrage.

Ich gewährte dem bärtigen Mann mit dem vertrauten Nachnamen das Interview. Ich verdeutlichte ihm aber auch, dass ich mir offenhalte, das Interview meinerseits zu veröffentlichen, wie ich es zuvor auch etwa mit *Die Welt* hielt. Das will ich folgenden nun hiermit tun.

Wie von Seiten der nahezu gleichgeschalteten Konzernmedien üblich und bekannt, wird von *Die Zeit* mit abstrusen »*Framings*« (verleumdende Rahmensetzungen) gearbeitet, wie mit dem Versuch der Perversion (Zielrichtungsumkehr) und der Inkriminierung (verleumderische Anprangerung halb erfundener oder legaler Vorgänge).

Wir kennen das. Viel Vergnügen! Gruß, Anselm Lenz



Photographie von Steve Schramm, angefertigt bei der Kunstausstellung »Berlin Art Weekend aus der Demokratiebewegung. Im Hintergrund: Gemälde von Clement Loisel.



Der Konzernjournalist Dominik Lenze von unserem Konkurrenzblatt Die Zeit, hier beim »kiebitzen« bei einer Familienfeier unweit Berlin im Sommer 2022. Foto: Anselm Lenz. Foto rechts: Bildschirmfoto des Interviews.

Sehr geehrter Dominik Lenze,

nun hatte ich ein paar Minuten. Im Folgenden also meine Antworten auf Ihre Fragen. Die Zitationsregeln kennen Sie ja.

Mit kollegialem Gruß,
Lenz
Journalist, Verleger

[Zeit] Sie bzw. die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand behaupten, der »DW« sei eine der auflagenstärksten Zeitungen Deutschlands, zwischenzeitlich sogar die auflagenstärkste. In einem Beitrag auf apolut ist von 560.000 verteilten Exemplaren die Rede. Gesprächspartner aus der Branche, die ich hierzu befragt hatte, schätzten dies durchweg als unrealistisch ein. Daher meine Fragen
a) Wie hoch ist nach ihren Angaben die aktuelle Auflage des DW (insgesamt und verteilt/verkauft)?

[A.L.] Die fünfte Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) lag mit Nachdrucken sogar noch über 720.000 echt verteilten Exemplaren und damit sogar noch weit vor den Angaben der Wochenzeitung *Bild am Sonntag* (BamS) und mit uneinholbarem Abstand vor der Wochenzeitung *Die Zeit*. Mehrere unserer Ausgaben lagen weit über 300.000 Auflage mit einer echten Verteilung von an die 100 Prozent und damit immer noch weit vor *Die Zeit*. Wir haben in 103 Ausgaben insgesamt über 20 Millionen Exemplare in Deutschland, aber auch Österreich, der Schweiz und dem weiteren Ausland verbreitet. Mehrere Universitätsbibliotheken, das Deutsche Historische Museum und weitere Entitäten im In- und Ausland archivieren zudem jede Ausgabe. Die Verteilung des Grundgesetzes wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert, wir drucken auf jede unserer DW-Ausgaben die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes (die Unabschaffbaren). Die aktuelle Auflage in D + CH, A und weiterem Ausland liegt knapp über 100.000 Exemplare.

Können Sie mir einen Nachweis erbringen, dass die von ihnen genannten Zahlen stimmen?

Ja.

Auf einem inzwischen gelöschten YouTube-Video haben sie einen ersten »DW-Kongress« beworben. Ebenfalls

**s« von denen aus gesehen, die alle, die für die Grundrechte auf die Straße gehen, »rechts« verorten oder als »Delegitimie-
st schon lange klar, dass wir seit 2020 subtilen Faschismus erleben. Die Hypothese, dass die Struktur des Ausnahmezu-
rteienspektrum auffindbar ist, kann ich nur bestätigen. – Sophia-Maria Antonulas, Journalistin, DW-Mitherausgeberin**

TERVIEW MIT DER ZEIT



d« am vorvergangenen Wochenende in Berlin mit Werken von Künstlern

ist dieser Kongress im Newsletter des DW beworben worden. Es handelte sich hierbei um eine Veranstaltung der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NgfP). Deren Vorsitzender Hans-Jürgen Bruder hat auf meine Anfrage hin abgestritten, dass dieser Kongress ein »DW-Kongress« gewesen sein. Deshalb meine Frage: Handelte es sich bei dem Kongress »Corona. Die Inszenierung einer Krise« um eine gemeinsame Veranstaltung von DW und NgfP oder nicht?

Das Verhältnis mit unserem weltweit hochangesehenen und erfolgreichen Buchautoren und -herausgeber Professor Klaus-Jürgen Bruder (»Corona – Inszenierung einer Krise«, Sodenkamp & Lenz Verlag, Berlin 2022) ist sehr gut. Auch Bruders Band »Macht«, erschienen im Verlag Westend, Frankfurt am Main, kam sehr gut an. Der Kongress »Corona – Inszenierung einer Krise« war ein Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP), der auch von Professor Giorgio Agamben unterstützt wurde (u. a. »Die Erfindung einer Pandemie« und »An welchem Punkt stehen wir?«, Turia + Kant, Wien 2020).

Für uns als führendes Medium der Aufklärung, Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, liefen der Kongress und wichtige Texte aus dem Buch zur Aufklärung der Corona-Lüge in unserem Ressort DW-Akademie (Panoramaseiten 12/13 jeder Ausgabe).

DW gründet außerdem demnächst eine Hochschule, die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie (AquaVD), für die auch Professor Klaus-Jürgen Bruder in Betracht kommt. Wir greifen voll an, 360 Grad! Kongress und Akademie sind also nicht dasselbe, aber verwandt.

Bezogen auf Frage 2: Mir ist ein Mailverlauf übermittelt worden. In diesem haben Sie auf eine an Herrn Bruder gerichtete Mail geantwortet und gesagt, dass Presseanfragen zum Kongress an Sie zu richten seien. Haben Sie also die Pressearbeit für den NGfP-Kongress gemacht?

1. Martin Lejeune ist unser V-Mann in den Mainstreammedien, wir setzen ihn gezielt ein, um Informationen aus anderen Redaktionen zu bekommen, zum Beispiel aus dem sinkenden Schiff »*Die Zeit*«. Wir setzen Lejeune auch ein, um mit Pressesprechern von Gerichten et cetera in Kontakt zu treten. Zuletzt hörten wir, dass in der *Zeit*-Redaktion und -Geschäftsführung nervöse Diarrhö stark verbeitet sein soll, sowohl im *Homeoffice* als auch im Präsenzdienst des Konzerns, ebenso im Außendienst.

2. Das Verhältnis mit dem Vorsitzenden der NGfP, Professor Klaus-Jürgen Bruder, den MitherausgeberInnen und den Autoren von »Corona – Inszenierung einer Krise« ist gut. Ich bin erfolgreicher Verleger, Chefredakteur einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache, Leiter des Ressorts DW-Akademie und einer der meistgelesenen Journalisten und Autoren der Gegenwart und habe die Einladung zum Kongress sehr gern angenommen. Eine PR-Abteilung haben wir nicht, aber wir haben Rezensionsexemplare des Werkes »Corona – Inszenierung einer Krise« von Professor Klaus-Jürgen Bruder et. al. versandt (soweit ich mich erinnere aber nicht in das sinkende Schiff »*Die Zeit*«, ich werde das nachholen, solange es »*Die Zeit*« noch gibt).

Die im Impressum angegebene Adresse und die Redaktionsräume des »Demokratischen Widerstandes« befinden sich im Besitz von Firmen, die dem ihnen bekannten Immobilienunternehmer Bernd Felsner gehören. Nach meinen Informationen hat Felsner dem DW diese Räumlichkeiten kostenfrei überlassen. Ist das zutreffend?

Nein. Wir haben – wie die Wochenzeitung »*Die Zeit*« – mehrere Präsenzadressen, Redaktions- und Verlagsgebäude überall in der BRD im Auge. Zuletzt haben wir uns um ein Verbindungsbüro in unmittelbarer Nähe zur Bundespressekonferenz bemüht und haben diesbezüglich sehr gute Aussichten. Mein Ziel ist es, die bald leerstehenden Verlags- und Redaktionsgebäude von »*Die Zeit*« zu übernehmen und dort einen sozialen Medienbetrieb einziehen zu lassen, der es mit Wahrheit und Pressekodex wieder ernstmeint: Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*.

Ist es zutreffend, dass Bernd Felsner die Druckkosten für die ersten Ausgaben des DW ganz oder teilweise übernommen hat?

Nein. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) entstand aus meiner Arbeit sowie der Arbeit weiterer professioneller Kolleginnen und Kollegen – und mit Spenden von Zehntausenden von Menschen, darunter gleich zu Beginn viele Hunderte Ärzte, Juristinnen, auch Richter, hohe Staatsanwälte – und *Mainstream*journalisten! Diese lange Liste schon aus dem Jahr 2020 sollte man irgendwann mal veröffentlichen, ich zeige Sie ihnen gern mal! Wir sind überall, Herr Lenze.

Sie sind, genau so wie Bernd Felsner, ebenfalls Gründungsmitglied des Vereins Mutigmacher.
a) Wie gestaltet sich Ihre Tätigkeit für Mutigmacher e.V.?

Ich bin von Beginn an passives Ehrenmitglied, weil ich als einer der angesehendsten Journalisten in meinem Land und darüber hinaus (u. a. Nestroy-Akademiemitglied, Buchautor, Dramatur usw.) dazu eingeladen wurde und das Statut der Mutigmacher gutheiße. Eine weitere Tätigkeit habe ich dort nicht, ich habe leider keine Zeit.

b) Gibt es Kooperationen zwischen Mutigmacher e.V. Und der Zeitung »Demokratischer Widerstand« bzw. dem Verein »Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand« bzw. dem Verlagshaus »Sodenkamp & Lenz«?

Mir scheint, der Verein Mutigmacher ist nicht groß oder nicht aktiv genug, um von »Kooperationen« zu sprechen. Das Statut des Vereins gefällt mir sehr gut. Wir sind eine der auflagenstärksten Wochenzeitungen Deutschlands, der Zeitung des Grundgesetzes (immer Seite 16).

Sie kommen aus der Linken, bspw. waren Sie Autor für die *Junge Welt* und die *taz*, kooperieren in letzter Zeit aber zunehmend mit Kräften von Rechtsaußen. Bei Ihnen im DW publizierte Götz Kubitschek, umgekehrt besuchten Sie ihn kurz darauf in Schnellroda. Sie waren als Redner zu Gast beim Sommerfest des *Compact*-Magazins. Dort riefen sie: »Es lebe die Demokratische Querfront!« Verzeihen Sie mir die naive Frage, aber: Was genau führt einen ehemaligen Linken in das Festzelt von Jürgen Elsässer, gemeinsam mit AfD-Rechtsaußen Herrn Tillschneider und Identitären-Chef Martin Sellner?

Ich habe eine Einladung angenommen und wurde dort als einer der international meistgelesenen deutschen Journalisten der Gegenwart wertschätzend empfangen, gerade weil ich als hochangesehener Linksliberaler und einer der erfolgreichsten Journalisten der Gegenwart politisch ein eher ungewöhnlicher Gast war.

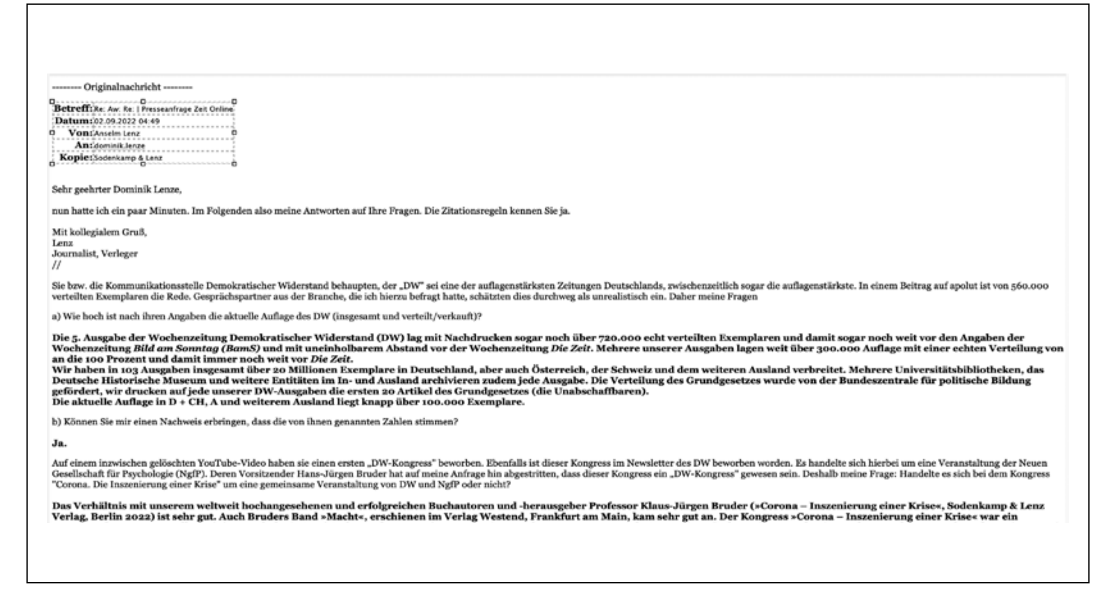
Der 5-Punkte-Plan der Demokratiebewegung, siehe NichtOhneUns.de, richtet sich an das ganze Volk in Deutschland und für mich ist klar, dass damit alle anwesenden Menschen im Lande gemeint sind, auch die Menschen in Sachsen-Anhalt. Ich habe seit März 2020 rund 450 Einladungen und Kundgebungen teilgenommen.

Wenn »*Die Zeit*« – in der ich mich sehr, sehr gut auskenne – mich mal wieder einladen möchte, komme ich auch dorthin und werde meine Zeitung vorstellen! Ich bin Hamburger, habe bei »*Die Zeit*« Dutzende Kollegen, die ich teils seit 2,5 Jahrzehnten sehr gut kenne, beruflich wie teils noch aus der Schulzeit – und ich denke, es ist höchste Zeit, mich mal wieder einzuladen. Aber lasst Euch nicht lumpen, das Buffet muss was hermachen.

Wir sind mit der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* das führende Medium der Aufklärung und bekommen seit April 2020 landesweit und zunehmend weltweit größte Anerkennung: Dank, Lob, Einladungen zu Kongressen, Anrufe von Kollegen aus Italien, Lateinamerika, Schweden, Kanada, Abonnements bis in die USA und Australien …

Wir haben schlichtweg das Problem nicht, wir werden niemals in die Defensive zu bringen sein. Den »Medienkrieg« haben wir auf journalistischer, wissenschaftlicher und menschlicher Ebene längst gewonnen (und das in historischen Maßstäben). Fürs Militärische bin ich als zivilisierter westlicher Schriftsteller, Verleger und Journalist schlichtweg nicht zuständig – und nicht zu haben.

[Ende des Interviews. Hervorhebung und minimale Bearbeitung bei Abkürzungen, Absätzen und Anführungszeichen.]



-------- Originalnachricht --------
Betreff: Re: Aw: Re: | Presseanfrage Zeit Online
Datum: 02.09.2022 04:49
Von: Anselm Lenz
An: dominik.lenze
Kopie: Sodenkamp & Lenz

Sehr geehrter Dominik Lenze,

nun hatte ich ein paar Minuten. Im Folgenden also meine Antworten auf Ihre Fragen. Die Zitationsregeln kennen Sie ja.

Mit kollegialem Gruß,
Lenz
Journalist, Verleger
//

Sie bzw. die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand behaupten, der „DW" sei eine der auflagenstärksten Zeitungen Deutschlands, zwischenzeitlich sogar die auflagenstärkste. In einem Beitrag auf apolut ist von 560.000 verteilten Exemplaren die Rede. Gesprächspartner aus der Branche, die ich hierzu befragt hatte, schätzten dies durchweg als unrealistisch ein. Daher meine Fragen

a) Wie hoch ist nach ihren Angaben die aktuelle Auflage des DW (insgesamt und verteilt/verkauft)?

Die 5. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) lag mit Nachdrucken sogar noch über 720.000 echt verteilten Exemplaren und damit sogar noch weit vor den Angaben der Wochenzeitung *Bild am Sonntag (BamS)* und mit uneinholbarem Abstand vor der Wochenzeitung *Die Zeit*. Mehrere unserer Ausgaben lagen weit über 300.000 Auflage mit einer echten Verteilung von an die 100 Prozent und damit immer noch weit vor *Die Zeit*.
Wir haben in 103 Ausgaben insgesamt über 20 Millionen Exemplare in Deutschland, aber auch Österreich, der Schweiz und dem weiteren Ausland verbreitet. Mehrere Universitätsbibliotheken, das Deutsche Historische Museum und weitere Entitäten im In- und Ausland archivieren zudem jede Ausgabe. Die Verteilung des Grundgesetzes wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert, wir drucken auf jede unserer DW-Ausgaben die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes (die Unabschaffbaren).
Die aktuelle Auflage in D + CH, A und weiterem Ausland liegt knapp über 100.000 Exemplare.

b) Können Sie mir einen Nachweis erbringen, dass die von ihnen genannten Zahlen stimmen?

Ja.

Auf einem inzwischen gelöschten YouTube-Video haben sie einen ersten „DW-Kongress" beworben. Ebenfalls ist dieser Kongress im Newsletter des DW beworben worden. Es handelte sich hierbei um eine Veranstaltung der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NgfP). Deren Vorsitzender Hans-Jürgen Bruder hat auf meine Anfrage hin abgestritten, dass dieser Kongress ein „DW-Kongress" gewesen sein. Deshalb meine Frage: Handelte es sich bei dem Kongress "Corona. Die Inszenierung einer Krise" um eine gemeinsame Veranstaltung von DW und NgfP oder nicht?

Das Verhältnis mit unserem weltweit hochangesehenen und erfolgreichen Buchautoren und -herausgeber Professor Klaus-Jürgen Bruder (»Corona – Inszenierung einer Krise«, Sodenkamp & Lenz Verlag, Berlin 2022) ist sehr gut. Auch Bruders Band »Macht«, erschienen im Verlag Westend, Frankfurt am Main, kam sehr gut an. Der Kongress »Corona – Inszenierung einer Krise« war ein

Foto: Screenshot des Mailverkehrs mit Zeit-Chef Dominik Lenze

»FACK JU HUMANISMUS!«

Der dritte Teil der Schundkomödie »Fack ju Göhte« stimmte die heranwachsende Generation schon 2017 auf den Transhumanismus ein. BERICHT *und* KOMMENTAR



Videostills: FACK JU GÖHTE 3 Promomaterial



Die Macher von »Fack ju Göhte« ließen es nicht dabei bewenden, deutsches Kulturgut auf einem humoristisch unterirdischen Niveau zu besudeln, dem Sozialdarwinismus und der Meritokratie nach dem Mund zu reden.

Im dritten Teil, der zweieinhalb Jahre vor dem Beginn der neuen Abnormalität erschien, hatten die Macher bereits mit Transhumanismus und dem Zwang zur Spritze geliebäugelt: »Fack ju Göthe 3; Final Fack« sei eine Verfilmung von Michel Foucault's »Strafen und Überwachen« kommentierte der ideologiekritische Filmanalyst Wolfgang M. Schmitt (vgl. #DW95) in seiner Analyse des Schundstreifens. Tatsächlich mutet der Film aus heutiger Sicht prophetisch an, rezipiert man diesen in der neuen Abnormalität.

Es ist nicht neu, dass Spielfilme als Teil der Propagandamatrix eine entscheidende Rolle dabei spielen, Versatzstücke bestimmter Agenden (Klima, Corona, Krieg) unterschwellig in das Bewusstsein der Masse einzupflanzen. Man denke nur an den pentagon-nahen Futurologen Peter Schwartz, der bei Hollywoodproduktionen wie »Minority Report« beratend tätig war und auch an dem Lock-Step-Szenario (Gleichschritt) der Rockefeller-Stiftung von 2010 mitgeschrieben hat. Folglich dürfen wir die weiße Kinoleinwand nicht als ideologisch unbefleckt betrachten. So werfen wir nun in der Rückschau einen Blick auf den dritten Teil der »Fack-ju-Göhte«-Reihe, der in seinem zarten Alter von nur fünf Jahren im negativen Sinne »gut gealtert« ist.

»DU HAST CYBERSEX ZU WOLLEN!«

In einer Szene beobachten wir einen Sexakt, welcher keiner ist. Einer der autistischen Schüler vollzieht in einem Ganzkörpersensorenanzug die körperlose Liebe. Statt Lotte und Werther (wie bei Johann Wolfgang Goethe, 1749-1832) vollziehen Teenies mit einer VR-Brille in einer Cyberwelt einen, beziehungsweise ebenfalls keinen Liebesakt. Aus heutiger Sicht erinnert dies doch arg an die Vorgaben aus den Corona-Hochzeiten, wonach die simulierte Liebe nur noch steril oder distanziert vollzogen werden solle. Einen Verweis auf die digitale Allgegenwärtigkeit in einem Metaversum, das Ausbleiben von Körperlichkeit im digitalen Raum, bekommen wir hier auch zu spüren – beziehungsweise nicht zu spüren.

ZWANGSIMPFUNG UND CHIPPEN

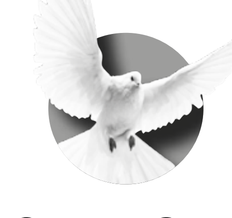
Nach der Osteransprache von Bill Gates 2020 wurden den Kritikern die Worte im Munde verdreht. Aus Gates Aussage, er wolle sieben Milliarden Menschen impfen, wurde »impfen« kurzerhand durch »chippen« ersetzt. So wurde die eigentliche Aussage auf eine Aussage umgeleitet, die weder von Gates noch von den Kritikern verlautbart wurde. Im August 2022 lies das World Economic Forum (WEF, selbsternanntes Weltwirtschaftsforum) dann ganz ungeniert verkünden, dass man dort entschlossen einer Zukunft entgegensehe, in welcher Kinder von Geburt an gechippt werden würden.

In FjG kommt Chippen und Impfen zusammen. So gibt es eine verstörende Szene, in welcher eine hübsche Ärztin mit einem Stahlkoffer das Klassenzimmer betritt und der von Elias M. Barek verkörperte Lehrer den Schülern erklärt, sie müssten nun alle gegen Zecken geimpft werden. Als sich Empörung unter seinen Schutzbefohlenen breit macht, googelt einer der Schüler die Aufschrift des Koffers und verkündet lautstark seinen Mitschülern, dass es sich dabei um Chip-Implantationen handele. Keiner der Schüler entkommt dem Schicksal.

Jeder einzelne wird von dem Lehrer zwangsgechippt. Das Chippen erfolgt mittels einer Impfpistole. – Aber hey… das ist natürlich alles nur Spaß. Harrharrharr. (Nicolas Riedl)



Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München.



CORONA GAMES

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Von Heute werden mit der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes die »*Corona Games*« (vgl. den Film »*Hunger Games*)« auf Bundesebene abermals feierlich eröffnet. Selbstverständlich dürfen die Landesfürsten in der Saison 22/23 mit eigenen Regeln ins Spielgeschehen eingreifen – um die Aufmerksamkeit ihrer Untertanen hochzuhalten.

Und die Christen? Werden sie der Einladung zum großen Pandemiespiel wie in den vergangen Jahren getreulich folgen oder werden sie ihre Teilnahme diesmal verweigern?

Was wäre, wenn sie sich unbeeindruckt vom vorgegebenen Spielplan völlig frei in ihren Gotteshäusern versammelten, wenn sie sich mit einem verbotenen Händedruck begrüßten oder herzlich in den Arm nähmen? Was wäre, wenn sie gemeinsam sängen und Gott von ganzem Herzen, unmaskiert und aus voller Kehle priesen?

Die Antwort ist einfach: Dann lebten sie ein normales Christen- und Gemeindeleben. Vielleicht im Widerspruch zu den Spielregeln der » «, aber ziemlich nahe am biblischen Muster. Und im Einklang mit Gottes Gebot, ihn laut zu loben: »Jauchzt dem HERRN, alle Welt! Dient dem HERRN mit Freuden, kommt vor sein Angesicht mit Frohlocken (Psalm 100,1-2)!«

Nein, so weit wird es wohl nicht kommen. Denn ein Großteil der Kirche scheut den Konflikt mit der Obrigkeit. Lieber opfert man ein bisschen Weihrauch für Cäsar, um sich so für das zivil-religiöse Begleitprogramm der Spiele zu qualifizieren.

Aber dafür wird es keinen Beifall geben, nicht von der Welt und schon gar nicht von Gott. Gemeinden, die auch im dritten Pandemieherbst immer noch nicht zum Widerstand fähig sind, laufen Gefahr, wie fades Salz zu enden: »Es taugt zu nichts mehr, als hinausgeworfen und von den Menschen zertreten zu werden« (Matthäus 5,13).

Wer sich für diese Auseinandersetzung mental und emotional wappnen möchte, dem sei die »Frankfurter Erklärung christlicher und bürgerlicher Freiheiten« empfohlen. Sie ist eine deutliche Stimme gegen den Missbrauch der Macht, basierend auf den zeitlosen Wahrheiten des Wortes Gottes (https://frankfurtdeclaration.com).

Der Autor ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater; er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. (youtube.com/c/Antipas1)

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Schwarze Spiegel.

Arno Schmidt
Suhrkamp
978-3-518-18871-2



Macht.
Wie die Meinung der Herrschenden zur herrschenden Meinung wird
Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel (Hrsg.), Westend
978-3-864-89110-6



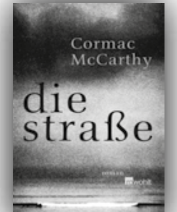
Das Corona-ABC.
Von Alarmismus bis Zensur

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz
978-3-9822745-6-0



Berlin – Moskau.
Eine Reise zu Fuß

Wolfgang Büscher
Rowohlt
978-3-499-23677-8



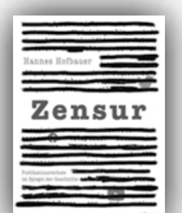
Die Straße.

Cormack McCarthy
Rowohlt
978-3-498-04507-4



Der Aufmarsch.
Vorgeschichte zum Krieg

Jörg Kronauer
Papyrossa
978-3-894-38778-5



Zensur.
Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung
Hannes Hofbauer
Promedia, 978-3-85371-497-3



Vernichten

Michel Houellebecq

DuMont
978-3-8321-8193-2



Stierblutjahre.
Die Bohème des Ostens

Jutta Voigt
Aufbau Taschenbuch
978-3-7466-3396-1



Die Seele des Menschen im Sozialismus.

Oscar Wilde
Nautilus
978-3960-54041-0

Performender Philosoph

EINWURF *von Werner Köhne*

Spätabends auf dem Bahnsteig starrt mich von einem großen Plakat das Gesicht von Ferdinand von Schirach an. Darunter wird vom Verlag für sein neuestes Buch »Nachmittage« geworben. Es handelt von – wie versichert wird – »flüchtigen Augenblicken des Glücks«, von »menschlicher Einsamkeit« und natürlich von der »Liebe«.

Was will der Mensch mehr? Von Schirach, Enkel des faschistischen Reichsjugendführers Baldur von Schirach, bekannt durch seine Tätigkeit als ehemaliger Strafverteidiger, wurde in den zurückliegenden fünf Jahren quasi zum Moralapostel der Nation auserkoren. Kompetent in Fragen von individueller Schuld, Strafe und Sühne.

Was auffällt: Der Mann traf mit diesen Meditationen einen Nerv. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass der moralisch überfrachtete Coronadiskurs von Schirach abgemildert wurde durch tiefsinnige Gedanken zu Menschlichem, allzu Menschlichem. Dies brachte ihm den Bonus eines Experten der condition humaine ein, eine Rolle, die er als geschickt und bescheiden auftretender Gast in Talk Shows grandios ausfüllen konnte. Mit diesem nun neuen Buch schlüpft der Autor nun in die Rolle des elegischen Humanisten. Aber genau das ist er nicht. Von Schirach attestierte etwa Angela Merkel in der Coronafrage ein besonnen abwägendes Handeln. So kann man auch in guter Performance ein grundfalsches Urteil fällen.

So viel zu Ungereimtheiten und Abgründen eines weisen Mannes. Sie haben mich vergessen lassen, dass ich gerade fünf Stunden in einem IC eingepfercht war, verunstaltet durch eine von Schirach und Merkel so dringlich angeratene Maske, die einen freien Lauf meiner Gedanken und – schlimmer noch – eine mir so wichtige Wahrnehmung vorenthielt. Es betrifft meine Leidenschaft, in einem fahrenden Zug die Aussenwelt in diesem Fall eine verregnete Landschaft, in einem eher sanften Rhythmus vorbeischweben zu sehen – ein Flow, in dem ich den Existentialen Glück, Einsamkeit und Liebe immer schon elegisch nachsinnen konnte. Das geht mit Maske einfach nicht.

Sie löscht Wahrnehmung aus.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

SPORT MIT BERTHOLD

DIE GRÄTSCHE MACHEN?

Es gibt im Fussball immer Widrigkeiten, die zu überwinden sind.

Innerhalb einer homogenen Truppe findet immer Kommunikation statt. Wenn es schlecht läuft vielleicht etwas mehr. Durch gewisse Ansagen, die auch kernig ausfallen können, sollen die Mitspieler wieder motiviert werden, sich mehr anzustrengen, mehr Druck auf den Gegner zu machen. Die Energie richtet sich also nur scheinbar nach innen, sondern entfaltet Wirkung nach außen. Im besten Fall nach vorne, sodass zum Beispiel ein Rückstand in den letzten Minuten noch aufgeholt werden kann.

Eine riskante Grätsche zu machen, ergibt nur dann Sinn, wenn der Spieler, der sie ausführt, auch den Ball trifft, da er sonst vom Platz verwiesen und damit seine Mannschaft geschwächt wird. Dabei geht es im Wettbewerb zum Glück nicht um Leben und Tod. Damit das so ist, sollte die Politik den Sport nicht für politische Zwecke instrumentalisieren. In den USA wurde entschieden, dass sich Sportler nicht mehr »impfen« müssen. Ich möchte darüber am liebsten gar gar nicht mehr reden, da aber der Herbst vor der Tür steht: Ich traue der ganzen Sache in Deutschland überhaupt nicht!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE GROSSEN HÖREN AUF ZU HERRSCHEN, WENN DIE KLEINEN AUFHÖREN ZU KRIECHEN. FRIEDRICH SCHILLER

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 106. Ausgabe ab Samstag, 1. Oktober 2022. | Redaktionsschluss war am 29. September | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX.**

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 107 erscheint am 8. Oktober 2022.